

Bulletin 4-2005

Dossier | BFT-Reform: Stand und Stimmen

Inhalt – Sommaire

Editorial

- 5 Zur Halbzeit ein Bildungsdepartement

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Welcher Beratung bedarf die schweizerische Forschungspolitik?
9 Stellungnahme zur Volkszählung 2010
10 Vernehmlassung zu den Entwürfen des Kulturförderungsgesetzes
und der Totalrevision des Pro-Helvetia-Gesetzes
11 Bundesgesetz über die Forschung am Menschen: Relevanz für die
empirisch arbeitenden Geistes- und Sozialwissenschaften

SAGW-News-ASSH

- 15 Jahresbericht 2005
16 SAGW-Herbsttagung: «Die Universität der Zukunft»
18 Bilanz und Ausblick
21 Tagung zur sozial- und kulturwissenschaftlich orientierten Technologiefolgen-
Abschätzung
22 SAGW-Medienpreis: Die «Goldene Brille» für DRS 3

Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 23 Kick-off-Tagung «Nachhaltigkeit – die Rolle der Geistes- und Sozialwissen-
schaften» der Kommission Nachhaltige Entwicklung der SAGW

Dossier | BFT-Reform: Stand und Stimmen

- 24 Bedeutung des BFT-Bereichs für die Politik
26 Ein Reformprozess in drei Schritten
28 Charles Kleiber nimmt Stellung für das Staatssekretariat für Bildung
und Wissenschaft
31 Kathy Riklin nimmt Stellung für die CVP
33 Ruedi Noser nimmt Stellung für die FDP
35 Theophil Pfister nimmt Stellung für die SVP
38 Hans Widmer nimmt Stellung für die SP

Impressum

Bulletin 4, Dezember 2005. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Zürcher (mz), Marlis Zbinden (zb), Beatrice Kübli (bk), Annina
Tischhauser (at), Daniela Ambühl (da)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

- 41 Willi Roos nimmt Stellung für den Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS)
- 43 Jean-Marc Rapp nimmt Stellung für die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)
- 45 Fredy Sidler nimmt Stellung für die Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)
- 47 Johannes Kaufmann nimmt Stellung für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI)
- 49 Dieter Imboden nimmt Stellung für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF)

Mitgliedgesellschaften – Sociétés membres

- 52 Neue Mitgliedgesellschaft – Swiss Association for the Studies of Science, Technology and Society. *Regula Burri*
- 53 SGS-Jubiläumskongress zum Thema «Sonderfall Schweiz». *Thomas S. Eberle*
- 55 Postulate zur Umweltforschung

International

- 56 Préparation du 7^e programme-cadre pour la recherche de l'Union européenne : adoption des programmes spécifiques. *Daniela Di Mare*
- 59 Othmar Keel erhält den Marcel-Benoist-Preis 2005

Publikationen – Publications

- 60 Sprachendiskurs in der Schweiz. Vom Vorzeigefall zum Problemfall?
- 60 Jean Widmer: Warum gibt es manchmal sprachkulturelle Unterschiede?
- 61 Historisches Lexikon der Schweiz (HLS): Der Europaband ist erschienen
- 63 Bestellschein – Bon de commande
- 64 Generalsekretariat

Editorial

Zur Halbzeit ein Bildungsdepartement

Zu Beginn des Jahres haben sich das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, die Gruppe für Wissenschaft und Forschung und das Büro für Weltraumangelegenheiten mit ihren farbigen Bildlogos verabschiedet. Mit dem schlichten Bundeskreuz auf dem Briefbogen und der Formel «3=1» auf der Adressänderungskarte kündigte sich das Staatssekretariat für Bildung und Forschung an. Die Flurbereinigung könnte weitergehen. Diesem Bulletin können Sie jedenfalls entnehmen, dass ein Departement für Bildung, Forschung und Innovationen über Parteigrenzen und Funktionsbereiche hinweg guten Anklang findet. Vielleicht findet sich ja einst in diesem neuen Departement auch ein Platz für Kultur.

Wie der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 zu entnehmen ist, soll die im Jahre 2000 eingeleitete Reform des Hochschul- und Forschungssystems Schweiz bis 2010 abgeschlossen werden. Die Halbzeit ist erreicht, was uns Anlass war, Bilanz zu ziehen. Führende Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Förderorganisationen sowie in diesem Bereich engagierte Politikerinnen und Politiker nehmen zu bisher Erreichtem Stellung und bezeichnen die Prioritäten für die kommenden Jahre. Konkurrenz und Kooperation, Konzentration, Klärung und Vereinfachung der Zuständigkeiten sowie Transparenz, die Leitvorstellungen, welche die bisherige Richtung vorgeben, finden eine breite Zustimmung. Sie werden auch die Agenda der zweiten

Halbzeit bestimmen. Ebenso wird in selbster Eintracht die strategische Bedeutung von Bildung und Forschung in den Positionspapieren der vier Bundesratsparteien hervorgehoben. Gegenwärtig wird die deklarierte Priorität in der politischen Praxis bisweilen durch einen absoluten Willen zur schwarzen Null um jeden Preis in Frage gestellt. Viel ist in den geführten Gesprächen vom Vertrauenspakt zwischen Wissenschaft und Gesellschaft die Rede. Eine gedeihliche Entwicklung von Bildung und Forschung erfordert jedoch auch einen Vertrauenspakt zwischen Wissenschaft und Politik. Eine planbare und verlässliche Finanzierung ist dabei entscheidend. Bildung und Forschung bedürfen eines langfristigen Engagements aller Beteiligten, und ebenso kann Transparenz nur in einem Klima gegenseitigen Vertrauens gelebt werden. Die in Forschung und Lehre Tätigen stufen jedenfalls die eingeleiteten Reformen weit weniger positiv ein als die Verantwortlichen der Forschungsförderung, wie unser Bericht über die in Basel durchgeführte Tagung «Die Universität der Zukunft» zeigt. Freiräume, Zeitautonomie, Kreativität, ungezwungene Zusammenarbeit, Motivation und Nachhaltigkeit halten sie für eine innovative und produktive Universität für unabdingbar. In einer Misstrauenskultur werden sich diese Ressourcen rasch erschöpfen.

Weitere forschungspolitische Themen bestimmten die Agenda unserer Organe in diesem letzten Quartal. Primär aus Kostengründen soll die Volkszählung in

einem unhelvetischen Tempo durch eine reine Registerzählung abgelöst werden. Nach Einschätzung des Wissenschaftspolitischen Rates der Sozialwissenschaften (CPS) gefährdet dieses überstürzte Vorgehen ein nicht nur für die Forschung, sondern für Staat und Gesellschaft insgesamt äusserst wichtiges Instrument. Ausführlich haben wir uns zum Kulturförderungsgesetz geäussert, und mit dem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen wird gegenwärtig eine weitere Vorlage vorbereitet, die weit reichende Auswirkungen auf die Geistes- und Sozialwissenschaften zeitigen könnte. Proaktiv lotet der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Psychologie mögliche unerwünschte Folgen aus. Damit verbindet sich die Aufforderung an alle von der vorgesehenen Gesetzgebung potenziell betroffenen Fachrichtungen, sich dafür einzusetzen, dass die gute Kraft, die das Regelwerk motiviert, nicht Böses schafft. Schliesslich steht die Frage an, in welcher Form in

Zukunft die Beratung der Behörden in den Bereichen Bildung, Forschung und Technologie zu gestalten ist. Erste Überlegungen zur Rolle der Akademien finden Sie in diesem Bulletin.

Die Vorbereitungen für einige der im Jahre 2006 vorgesehenen Tagungen sind bereits weit fortgeschritten. Im Rahmen unserer Schwerpunkte Technik- und Wissenschaftsforschung sowie Nachhaltigkeit wollen wir das Potenzial der Geistes- und Sozialwissenschaften auch im kommenden Jahr in zentrale Themenbereiche einbringen. Wir zählen darauf, dass Sie uns wie im zu Ende gehenden Jahr dabei unterstützen, über uns und mit uns dafür sorgen, dass unsere Disziplinen in Politik und Gesellschaft eine Stimme haben, die Gehör findet.

*Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär*

Welcher Beratung bedarf die schweizerische Forschungspolitik?

(mz) Am 30. September organisierte der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) in Bern eine Tagung zum Thema «Wissenschafts- und Technologieräte in Europa: Welches Beratungsorgan für Bildung, Forschung und Technologie braucht die Schweiz?». Zahlreiche in der Forschungsförderung und -politik tätige Persönlichkeiten stellten sich die Frage, welche forschungspolitische Beratung die Schweiz in Zukunft benötige. Dabei wurde die Bedeutung der Akademien entschieden unterschätzt.

Die Referierenden suchten Antworten auf die Fragen nach dem Aufgabenbereich, der Organisationsform, der gesetzlichen Verankerung, der Zusammensetzung, der politischen Unabhängigkeit, den Adressaten sowie der Verbindlichkeit eines Beratungsorgans der schweizerischen Forschungspolitik. Weiter wurde anhand von Beispielen aus den Nachbarländern aufgezeichnet, was die Schweiz von Wissenschafts- und Technologieräten aus anderen europäischen Ländern lernen kann.

Erwartungsgemäss formulierten die auf den verschiedenen Podien zahlreich präsenten Vertreterinnen und Vertreter der Organe und Institutionen hohe Erwartungen an die zukünftige Beratung: Diese solle Hochschulen, Forschung und Innovation umfassen, prospektiv und dennoch zu rascher Reaktion fähig sein, internationale Standards und Trends ebenso berücksichtigen wie nationale Besonderheiten und überdies durch ihren Konnex zu Politik und Gesellschaft Verbindlichkeit herstellen und eine hohe Legitimität geniessen. Als mögliche Träger dieser Beratung wurden in den Diskussionen die wissenschaftlichen Akademien verschiedentlich ins Spiel gebracht. Mit einer für das hier

zu führende Argument aufschlussreichen Entschuldigung «an die Kollegen von der Akademie» hat ein Podiumsteilnehmer diesem Vorschlag eine rasche Absage erteilt. Eine wohl vorschnelle Reaktion an einer Tagung, die mit der Frage nach der Beratung zeitlich nicht prioritärer Probleme der schweizerischen Hochschul- und Forschungspolitik verhandeln liess.

Selbstverständlich sind die Akademien so wenig wie jedes andere bestehende Organ heute in der Lage, die formulierten Anforderungen auch nur annähernd zu erfüllen. Hingegen verfügen sie über das Potenzial, um den Traum von der einen und geeinten, legitimen Stimme der Wissenschaft zumindest zu wagen. In der Schweiz einer republikanischen Tradition erwachsen, binden die Akademien Wissenschaftler aller Fachrichtungen, Expertinnen aus Wirtschaft und Verwaltung, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein. In ihren Organen, Kommissionen und Foren pflegen Vertreterinnen und Vertreter der schweizerischen Hochschulen, der verschiedenen Forschungsförderungsinstitutionen sowie der Forschungspolitik den Dialog. Nicht alle, jedoch viele im Bereich

der Forschung Tätige sind daher entweder aktive oder ehemalige Kollegen der Akademie, was die Entschuldigung an die versammelte Runde erklärt. Ins Gespräch gebracht wurden die Akademien von verschiedenen Votanten, weil aus ihrem Boden die gewünschte, unabhängige, umfassende, wirksame und akzeptierte Beratung erwachsen könnte. Ebenso selbstverständlich ist, dass die Akademien das notwendige Instrumentarium in der schon immer gepflegten Zusammenarbeit mit allen im Bereich aktiven Institutionen entwickeln müssten.

Auftrag, Form und Instrumente der Beratung werden sich in dem Masse klären, wie die Arbeit am Bildungsrahmenartikel unter der Federführung der parlamentari-

schen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) voranschreitet. Rascher und effektiver als bisher sollten die Rektoren der schweizerischen Universitäten jene strategischen Bereiche definieren, in denen der Forschungsplatz Schweiz gemeinsam oder nach Massgabe gemeinsam geteilter Spielregeln weiterentwickelt werden soll. Dann ist die Zeit gekommen, darüber zu debattieren, ob es einen Chefberater für den Bundesrat, einen Sir David King Helvetiens, braucht oder ob es ein Organ richten soll, und falls ja, wie dieses auszugestalten sei. In der verbleibenden Zeit sind die Organe der Forschungsförderung gut beraten, ihre für die künftige Aufgabe relevanten Instrumente und Prozesse gemeinsam aufzubauen.

Stellungnahme zur Volkszählung 2010

(at) Der Wissenschaftspolitische Rat der Sozialwissenschaften (CPS) hat die Debatte rund um die Neukonzeption der Volkszählung 2010 aufmerksam mitverfolgt. Die Daten der Volkszählung sind für die sozialwissenschaftliche Forschung von grosser Bedeutung. Deshalb hat der CPS Ende Oktober Stellung genommen zum Entscheid des Bundesrates vom Juni 2005, die kommende Volkszählung als reine Registerzählung mit zusätzlichen Stichprobenerhebungen durchzuführen.

Der CPS begrüsst die Modernisierung der Volkszählung in der Schweiz sowie die Bemühungen zur Schaffung einer nationalen Registerzählung. Gleichwohl ist der CPS der Meinung, 2010 sei statt der geplanten Schnellaktion nochmals eine traditionelle Volkszählung (oder eine registergestützte Volkszählung, ergänzt durch eine Vollerhebung der nicht in Registern enthaltenen Merkmale) durchzuführen, denn die verbleibende Zeit bis zum nächsten Volkszählungstermin ist zu kurz bemessen für eine qualitativ genügende Erfassung der Schweizer Bevölkerung auf Registerbasis und für eine politisch und fachlich zuverlässige Abklärung der zur Zeit noch zahlreichen offenen Fragen.

Offene Fragen

Während die traditionelle Volkszählung wichtige Resultate zur Eichung sämtlicher statistischer Daten der Schweiz liefert und das Fundament der öffentlichen Statistik von Bund, Kantonen und Städten im Bereich der Personen und Haushalte bildet, verspricht die Registerzählung mit ergänzenden Stichprobenanalysen sowohl in finanzieller als auch zeitlicher Hinsicht einen Effizienzgewinn. Bei der Volks- resp. der Registerzählung gilt es also abzuwägen

zwischen einerseits grösserer Genauigkeit und andererseits geringeren Kosten und kürzeren Fristen. Wie der CPS jedoch mit Bedauern feststellt, standen die Möglichkeiten und Erfordernisse der öffentlichen Statistik bisher nicht im Zentrum der Debatte. Vielmehr hat die Diskussion eine Reihe offener Fragen zum Gegenstand, die es dringend zu klären gilt, sollen keine unreparierbaren Schäden entstehen:

- *Informationsverlust:* Wie viele und welche Daten werden durch die Registerzählung mit ergänzenden Stichprobenanalysen verloren gehen?
- *Vergleichbarkeit:* Werden die gewonnenen Daten noch mit früheren Volkszählungen vergleichbar sein?
- *Vollerhebung:* Woher werden die – methodologisch unersetzlichen – Daten aus periodischen Vollerhebungen kommen, die Garant sind für die Richtigkeit dazwischengeschalteter Stichprobenanalysen?
- *Qualität:* Welche Qualität (Repräsentativität, Vergleichbarkeit) und welchen Inhalt werden die Informationen haben, die aus Registerzählungen mit ergänzenden Stichprobenanalysen stammen?
- *Zugang:* Wird gegenüber der wissenschaftlichen Forschung garantiert

sein, dass kein Zugangsmonopol des BfS entsteht?

- *Fristgerechte Umsetzbarkeit:* Kann die Harmonisierung der kantonalen Einwohnerregister bis 2010 vollzogen werden? Das entsprechende Gesetz zur Registerharmonisierung wird voraussichtlich erst 2006 dem Parlament vorgelegt.
- *Datenschutz:* Der Bundesrat hat im Oktober 2004 aufgrund der kritischen Vernehmlassungsergebnisse aus Datenschutzkreisen darauf verzichtet, das Projekt Personenidentifikator weiterzuverfolgen. Wie wird er nun die für Registerzählungen notwendige Personenidentifikationsnummer einführen, für die bereits die neue «Sozialversicherungsnummer» vorgesehen ist?
- *Gesetzesgrundlage:* Die Ablösung der Volkszählung durch die Registerzählung mit ergänzenden Stichprobenanalysen bedingt, dass das Volkszählungsgesetz von 1998 aufgehoben bzw. abgelöst wird. Wann wird der

Bundesrat dem Parlament die entsprechende Botschaft vorlegen?

- *Kosten:* Wie viel billiger wird die Registerzählung mit ergänzenden Stichprobenanalysen für die Beteiligten tatsächlich sein?

Das gewählte, übereilte Vorgehen gefährdet ein staatspolitisch bedeutendes und für die Forschung unverzichtbares Instrument. Es sollte deshalb dringend von der Idee Abstand genommen werden, eine so fundamentale Änderung wie die Registerzählung mit ergänzenden Stichprobenanalysen schon für die Volkszählung 2010 durchzuführen. Der CPS empfiehlt, die aufgeworfenen Fragen einer sorgfältigen, neutralen Prüfung zu unterziehen und die Ergebnisse und Folgerungen in einer wissenschaftlichen, von aussen stehender Seite erstellten Expertise zusammenzufassen.

Die Stellungnahme ist auch unter www.sagw.ch einsehbar.

Vernehmlassung zu den Entwürfen des Kulturförderungsgesetzes und der Totalrevision des Pro-Helvetia-Gesetzes

Die SAGW wurde im Juni 2005 eingeladen, sich zu den Entwürfen des Kulturförderungsgesetzes (KFG) und der Totalrevision des Pro-Helvetia-Gesetzes vernehmen zu lassen. Sie hat dies ausführlich getan und dem Bundesamt für Kultur verschiedene Vorschläge zur Überarbeitung unterbreitet (siehe www.sagw.ch). Die Vernehmlassungsunterlagen (Entwürfe der Gesetze sowie Begleitbericht) können auf der Seite www.bak.admin.ch heruntergeladen werden.

Bundesgesetz über die Forschung am Menschen: Relevanz für die empirisch arbeitenden Geistes- und Sozialwissenschaften

Stellungnahme von Alexander Grob, Präsident Schweizerische Gesellschaft für Psychologie, Ordinarius für Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie

Das «Bundesgesetz über die Forschung am Menschen» ist in Vorbereitung und wird demnächst regulierend in die Forschung eingreifen. Zunehmend besteht die Tendenz, solche Bestimmungen auch auf die sozialwissenschaftliche Forschung zu übertragen. In besonderem Masse betroffen könnte beispielsweise die Psychologie sein.

Voraussichtlich Ende Jahr wird das Bundesgesetz «Forschung am Menschen» in die Vernehmlassung geschickt. Dieses Gesetz und der ebenfalls neu entstehende, gleichnamige Verfassungsartikel werden nachhaltige Auswirkungen auf die empirisch arbeitenden Sozialwissenschaften haben. Ob nachhaltig negative oder nachhaltig positive, ist heute nicht abschätzbar. Das Gesetz wurde von einer internen Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Gesundheit BAG entworfen. Aus diesem Grund wird der Inhalt des Vorentwurfs erst mit der formellen Eröffnung der Vernehmlassung bekannt.

Die Forschung am Menschen wirft immer ethische und rechtliche Fragen auf. Dies zu Recht, weil Zielkonflikte zwischen dem in der Verfassung garantierten «Persönlichkeitsschutz» mit der ebenso verankerten «Forschungsfreiheit» existieren. «Forschung am Menschen» strebt eine umfassende und ausgeglichene Regelung an, die einerseits den Schutz von Versuchspersonen und andererseits die Forschungsfreiheit als Voraussetzung für neue wissenschaftliche Erkenntnisse gewährleistet. Die verbindlichen Aufträge für dieses Gesetz gehen auf die Motionen von Gian-Reto Plattner

(Ständerat, 1999) und Rosemarie Dormann (Nationalrat, 1997) zurück, die anregen, ein separates Bundesgesetz zur medizinischen Forschung am Menschen zu erarbeiten, das sich an der Biomedizinkonvention sowie an anerkannten nationalen und internationalen Richtlinien orientieren soll.

Regeln soll das Gesetz folgende vier Bereiche:¹

1. die Forschung an Versuchspersonen,
2. die Forschung an biologischem Material und an Personendaten,
3. die Forschung mit Föten, Embryonen und Keimbahnzellen² und
4. Forschung mit Verstorbenen im engeren Sinn.

¹ Für Bereiche, in denen bereits Regelungen existieren, sei auf die entsprechende Website des BAG verwiesen, www.bag.admin.ch/humanforsch/gesetz/d/index.htm.

² Das Stammzellenforschungsgesetz umfasst lediglich die Gewinnung von embryonalen Stammzellen aus überzähligen Embryonen sowie die Forschung mit diesen Zellen. Die übrige Forschung wie z.B. die Forschung an Föten aus Schwangerschaftsabbrüchen oder die Forschung an menschlichen Keimzellen soll im Humanforschungsgesetz geregelt werden.

Zur Relevanz des Gesetzes für die Geistes- und Sozialwissenschaften

Laut Motionstext soll ein Gesetz über die *medizinische* Forschung am Menschen vorbereitet werden. Offen ist, wann von «medizinischer» Forschung gesprochen werden kann und wann die in der SAGW zusammengeschlossenen Wissenschaften betroffen sind. Diese Frage ist zunehmend relevant, weil viele Forschungsprojekte und -gruppen von kulturgebundenen biopsycho-sozialen Modellen ausgehen und interdisziplinär arbeiten. Darüber hinaus wird im Motionstext explizit von Forschung an «Versuchspersonen» gesprochen. Neben den klinischen Versuchen mit Medikamenten fällt hierunter besonders die *nicht klinische* Forschung mit «besonders schutzbedürftigen Personen». Zu Letzteren gehören urteilsunfähige oder demente Menschen, psychisch Kranke, Kinder sowie Menschen in einem Abhängigkeitsverhältnis (Gefangene; Militärpersonen; Schüler)³ oder in einer spezifischen Lebenssituation (Schwangere; Erwachsene in Krisensituationen). Für viele in der SAGW vereinte Wissenschaften treffen diese Sachverhalte zu. Entsprechend steht die Regelung folgender vier Kriterien im Zentrum der Diskussion:

A) Die Urteils- und Einwilligungsfähigkeit

Vorschulkinder beispielsweise können keine autonomen Entscheidungen fällen, wenn es z.B. um ihre Teilnahme an einer Studie zur kompetenzbasierten Einschulung, den

³ Meiner Meinung nach gehören zu dieser Kategorie auch Patienten und Konsumenten, selbst wenn dies aus juristischer Sicht nicht zutreffen sollte.

vorzeitigen Fremdsprachenunterricht, die Erprobung neuer Unterrichtsmethoden etc. geht. Dasselbe gilt für Forschungsfragen beispielsweise bei Ungeborenen und Säuglingen.

Nichtsdestoweniger können Forschungsfragen, die sich um diese Betroffenenengruppen stellen, von Wichtigkeit sein, v.a. wenn die Fragen im Zusammenhang mit dem Leidensdruck oder den «Defiziten» dieser Gruppe stehen. Die Forschung zu verunmöglichen, weil diese Gruppen nicht autonom über ihre Teilnahme entscheiden können, hiesse die Betroffenen mit ihren Leiden allein zu lassen. Dies noch bevor über zu erforschende Fragestellungen und ihre ergebnisbasierten Anwendungsmöglichkeiten auch nur debattiert werden kann.

Wenn also bestimmte Personengruppen a priori aus der Forschung ausgeschlossen sind, werden ihnen zum Vornherein Optionen entzogen.

B) Abhängigkeitsverhältnis

Die Forschung zur Wirksamkeit von Psychotherapiemethoden wird vor allem von Psychologinnen und Psychologen durchgeführt. Es versteht sich, dass beispielsweise Patienten auch dann professionelle Hilfe benötigen, wenn sie in einer vergleichenden Psychotherapiestudie teilnehmen. Man kann aber die Prüfung der Wirkung einer spezifischen Intervention nicht deshalb als bedenklich bezeichnen, weil die Studienteilnehmer in einem abhängigkeitsähnlichen Verhältnis stehen. Nicht zu forschen, hiesse auch hier Betroffene allein lassen. Zudem: Eine Messung der Wirksamkeit und Effizienz von Psychotherapiemethoden ohne Einbezug der Pa-

tienten müsste geradezu als absurd bezeichnet werden.⁴

C) Die spezifische Lebens- oder Versuchssituation

Dass bei einem Krebspatienten in kritischem Gesundheitszustand, der auf die üblichen Massnahmen nicht anspricht, eine vollständige Aufklärung über die Chancen, Risiken und Nebenwirkungen einer neuen Therapie sowie sein autonomes Einverständnis hierfür ethisch unabdingbare Voraussetzungen sind, dürfte unbestritten sein. Umstritten ist jedoch in einigen Gremien, wenn die psychologische Forschung die Versuchsteilnehmer zuweilen bewusst täuscht und erst im Nachhinein informiert. Hier ist zum einen zu beachten, dass psychologische Forschung häufig keinen nennenswerten invasiven Charakter hat und die subjektiv empfundene und die objektive Wirkung auf die Teilnehmenden oft marginal oder vernachlässigbar einzustufen ist. Eine sozialpsychologische Beobachtung hat für die Betroffenen in keiner Weise die Intensität und die einschneidende Bedeutung wie die oben erwähnte Krebstherapie. Zum anderen können viele Handlungsweisen, die z.B. wesentlich für das Verstehen von Gewalt und Aggression sind, nicht erforscht werden, wenn die Teilnehmenden im Voraus darüber informiert werden müssten, dass ihre Bereitschaft zu gewalttätigem, aggressivem oder unsozialem Verhalten untersucht wird. Unbestritten ist

hingegen die vollständige Aufklärung im Nachhinein.

D) Der Nutzen der Forschung

Gerade Grundlagenforschung verspricht für die Teilnehmenden oft keinen direkten persönlichen Nutzen. Aus individueller Perspektive muss das Primat der Gemeinnützigkeit akzeptiert werden. Diese Gemeinnützigkeit kann im Voraus aber kaum je exakt definiert bzw. von Gremien vorausschauend beurteilt werden. Wenn also in einer experimentellen Anordnung zur Erforschung beispielsweise des Hilfeverhaltens eine Kontrollgruppe eingeführt ist, haben Personen dieser Gruppe keinen unmittelbaren Nutzen aus der Studie, ebenso wenig möglicherweise die Personen in der Experimentalgruppe. Hingegen kann durchaus ein Nutzen für die Gesellschaft erwartet werden. Grundlagenforschung jedoch aus diesem Grund als ethisch bedenklich zu bezeichnen, allenfalls nicht zu erlauben, wäre für den Erkenntnisgewinn fatal.

Anders ausgedrückt: Was in der Medizin, z.B. beim schwerstkranken Krebspatienten zum Einsatz einer «neuen Therapie», unbestritten notwendig ist, kann nicht als ethische Entscheidungsgrundlage für die Psychologie gelten. Die Einhaltung der Kriterien «vorgängige, vollständige Information» und «Freiwilligkeit der Teilnahme am Versuch» war zum Beispiel unmöglich, als untersucht wurde, ob Personalverantwortliche bei der Selektion völlig gleichwertige Bewerbungsdossiers von Personen mit fremdländisch klingenden Namen negativer bewerten als Dossiers mit einheimisch klingenden Namen – und

⁴ Das Krankenversicherungsgesetz KVG fordert in den entsprechenden Verordnungen zu Recht die Qualitätssicherung von kassenpflichtigen Leistungen. Hierzu gehören auch die Psychotherapie und ihre Methoden.

sie ist auch in vielen anderen Untersuchungen als nicht adäquat zu bezeichnen.

Auch wenn die zitierten Beispiele aus der Psychologie stammen, wirft der Geltungsbereich des Gesetzes zur Humanforschung zentrale Fragen für alle Geistes- und Sozialwissenschaften auf. Ihre Beantwortung ist für eine zukunftsgerichtete und an Forschung interessierte Gesellschaft vital.

Unbestritten ist, dass der Diskussion ethischer Fragen in der Grundlagen- und der angewandten Forschung höchster Stellenwert zukommen muss. Es gehört allerdings auch zum ethischen Diskurs, welche Konsequenzen sich für den Einzelnen und die Gesellschaft ergeben, wenn Forschung unterlassen wird, weil die ethischen Grundlagen zur Bewilligung nicht adäquat sind.

Jahresbericht 2005

(da) Neuer Modus bei der Ernennung von Delegierten der Mitgliedgesellschaften und Downloadmöglichkeit der Dokumente.

Mitgliedgesellschaften

Gegen Ende Jahr beginnt die Zeit der Jahresberichte. So auch bei der SAGW. Die Mitgliedgesellschaften werden gebeten, ihren Bericht mit der Adress- und Delegiertenliste bis am **15. Dezember 2005** bei uns einzureichen. Aufgrund der Statutenrevision, welche von der Abgeordnetenversammlung am 18. Juni 2005 gutgeheissen wurde, gibt es bei der Ernennung der Delegierten einen neuen Modus. Gemäss Art. 11 der Statuten hat jedes Mitglied seinen Präsidenten oder seine Präsidentin in die Delegiertenversammlung zu delegieren bzw. deren Stellvertreter oder Stellvertreterin sowie ein weiteres Mitglied. Die revidierten Statuten sind auf unserer Homepage www.sagw.ch unter der Rubrik «Portrait» zu finden.

Unternehmen, Kommissionen und Kuratorien

Für die Unternehmen gilt ebenfalls der **15. Dezember 2005**. Der Termin für den Bericht, die Adress- und die Wahlliste der Kommissionen und Kuratorien ist der **12. Januar 2006**.

Elektronische Dokumente

Unter www.sagw.ch/jahresbericht finden Sie in der Rubrik «Dokumente» die Adress- und die Delegiertenliste als Wordformular zum Herunterladen. Die Dokumente können direkt am PC ausgefüllt und per E-Mail an uns geschickt werden.

Zuständig für die Koordination des Jahresberichts im Generalsekretariat ist Daniela Ambühl, Telefon 031 313 14 52 und E-Mail daniela.ambuehl@sagw.ch

SAGW-Herbsttagung: «Die Universität der Zukunft»

(at/bk) Am 20./21. Oktober fand an der Universität Basel die diesjährige Herbsttagung der Akademie statt. Über die Gegenwart, die Vergangenheit, den Kontext, die Herausforderungen und die Perspektiven der Universität der Zukunft wurde ausgiebig diskutiert. Weiter wurde im Rahmen der Herbsttagung der SAGW-Medienpreis «Die Goldene Brille» verliehen.

Der erste Teil der diesjährigen Herbsttagung «Die Universität der Zukunft» war vorerst noch Gegenwart und Vergangenheit gewidmet: Albrecht Koschorke (Konstanz) stellte dem reformierten deutschen Wissenschaftsbetrieb ein durchwegs schlechtes Zeugnis aus und beklagte, Forschende und Lehrende würden unter der gegenwärtigen Flut qualitäts- und effizienzsteigernder Massnahmen ihrer Zeit und Motivation beraubt. Dagegen plädierte Koschorke für eine Politik wissenschaftlicher Nachhaltigkeit, die auf Kreativität und Innovationskraft vertraue. Walter Rüegg (Bern) zeigte anhand der Geschichte der Humboldtschen Universität auf, wie ähnlich die global und europäisch vernetzte Universität der Zukunft dem ursprünglichen Ideal Humboldts überraschenderweise ist, nämlich dem einer ungezwungenen, nicht institutionalisierten Zusammenarbeit aller an wissenschaftlicher Erkenntnis interessierten Menschen.

Der zweite Tag war dem Kontext, den Herausforderungen und den Perspektiven der Universitäten gewidmet. Ernst Buschor, Vizedirektor des ETH-Rates, umschrieb die positive Entwicklung im Hochschulsystem Schweiz sowie die bevorstehenden Probleme anhand von vier Phasen, welche die Universitäten prägten: Zunächst waren die Universitäten weitge-

hend autonom, dann wurden sie zu einem nachgeordneten Amt der Verwaltung, schliesslich zu einer Art Ständerepublik. Heute sind sie zunehmend ein Dienstleistungsbetrieb. Er betonte, dass unabhängig von der Struktur und den damit verbundenen Anforderungen die Universitäten Institutionen der Wissenschaft sind, dass Wissenschaft die Kernaufgabe bleiben muss und nicht einer Bürokratisierung zum Opfer fallen dürfe. Es geht nicht an, so Buschor, dass alle steuern wollen, aber keiner zahlen will.

Susanne Baer blickte zurück auf die «Zumutungen», welchen die Universitäten in den letzten Jahren ausgesetzt waren, und hob insbesondere die darin liegenden Herausforderungen und Chancen hervor. So waren die Universitäten gezwungen, sich auf Ziele zu besinnen, und die Dinge kamen unter dem auferlegten Druck unerwartet schnell in Bewegung. Die Exzellenz einer Universität, so Baer, liege in der Sichtbarmachung der guten Idee und deren Vermittlung. Folglich dürfen Forschung und Lehre nicht voneinander getrennt werden. «Abschied von der Illusion des klaren Ausbildungsziels, hin zum Kompetenzerwerb» ist eine ihrer Empfehlungen.

«Der Teufel liegt im Singular», so lautete der Titel des Referats von Walther Zimmerli, Präsident der Volkswagen AutoUni,

denn eine «Universität der Zukunft» gibt es nicht. Die Zukunft besteht aus vielen Möglichkeiten und kommt somit nur im Plural vor. Zudem braucht es viele verschiedene Universitäten, denn aus der Vielheit ergibt sich der Wettbewerb im Bildungsmarkt. Er vertrat die Idee einer Ausbildung in Modulen und war überzeugt, dass wenige Bausteine des alten Wissens viele neue Richtungen ermöglichen. Zudem wurden die Disziplinen von uns selbst eingerichtet, so Zimmerli, und «es liegt nun an uns, diese Grenzen auch wieder abzureissen, wo sie unzumutbar geworden sind. Je mehr Möglichkeiten zur Transdisziplinarität eine Universität bieten kann, desto besser ist sie». Wenn sie dann noch geistigen Widerstand bietet, umso besser, denn das Ziel sei das Dissensmanagement, nicht Konsenssituationen.

Peer Pasternack, Forschungsdirektor am Institut für Hochschulforschung, referierte über die Qualität und Qualitätsmessung an den Universitäten. Qualität ist gut, darauf können sich alle einigen. Aber die Qualität einer Universität zu messen, ist so, wie Kunst einer Qualitätskontrolle unterziehen zu wollen. Zwar gibt es viele messbare Indikatoren; die sagen über

die Qualität allerdings nur wenig aus, und können folglich nicht zur Leistungsfinanzierung herangezogen werden. Qualität kann entstehen, wenn die Bedingungen so gestaltet werden, dass sie nicht verhindert wird, aber auch das ist keine Garantie.

Dieter Langewische, Professor an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, machte sich Gedanken zum Bildungsauftrag der Universitäten. Er stellte fest, dass erstens die Universitäten auf keinen auch nur annähernd klaren Bildungskanon aufbauen können und dass sie zweitens auch



Die Frage um die Universität der Zukunft stand an der Herbsttagung der SAGW im Zentrum. (Foto: da)

selbst nicht über einen solchen Bildungskanon verfügen. Sie können also keine Bildung vermitteln, auf welche sich die Universitäten als Bildungsinstitutionen einigen könnten. Bildung mit Ausbildung zu verbinden, wäre eine Möglichkeit. Dabei ist die Verbindung von Forschung und Lehre die beste Qualifikation für eine offene Berufssituation.

Es folgte eine ausführliche Schlussdiskussion, in welcher die Erkenntnisse zusammengefasst und erweitert wurden. Die Universität der Zukunft, sofern es die

denn gibt, vermittelt vermehrt Kompetenzen anstelle von Bildung. Lehre und Forschung gehörten unbedingt zusammen, wobei das Kriterium der Exzellenz nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Lehre gelten soll. Autonomie ist eine Voraussetzung für Exzellenz, führt jedoch oft zu Misstrauen und zieht Kontrollverfahren nach sich. In Zukunft sollte daher viel deutlicher beschrieben werden, wie die Freiräume genutzt werden, um dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

Bilanz und Ausblick

(mz) In der Diskussion gab der Begriff der «Universität», den es zu klären galt, sogleich zu mannigfachen, jedoch aufklärenden Missverständnissen Anlass. Einmal existiert *die* Universität nicht, weil gerade die Vielfalt von Universitätstypen die europäische Universitätsidee auszeichnet. Technische Hochschulen wie Fachhochschulen sind ebenso Konkretisierungen der europäischen Universitätsidee wie die klassischen Universitäten mit ihren unterschiedlichen Ausrichtungen und Spezialisierungen. Der Begriff Hochschule, wie er heute auch vom Gesetzgeber verwendet wird, umfasst diese drei Grundtypen universitärer Bildung. Als *specificum proprium* der Hochschule erweist sich die Einheit von Forschung und Lehre. Für die Mehrheit der Debattanten war dieses Prinzip denn auch unbestritten: Forschendes Lehren und Lernen unterscheidet Hochschulen von anderen Bildungsinstitutionen des tertiären Bereichs. Dies hat weitreichende Implikationen. Den Vorschlä-

gen von Avenir Suisse, Forschungsuniversitäten, Lehruniversitäten und Hochschulen mit regionaler Ausstrahlung zu schaffen, ist damit eine klare Absage erteilt. Forschendes Lehren und Lernen zeichnet ferner ebenso die Fachhochschulen aus. Die in der Schweiz in der Hektik eines raschen autonomen Nachvollzugs geprägte Formel der Gleichwertigkeit bei gleichzeitiger Andersartigkeit gibt für die Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen bloss eine grobe, im Einzelfall jederzeit modifizierbare Richtung vor. Fachhochschulen mögen für die angewandte Forschung sowie die Auftragsforschung, Universitäten für die von der Neugierde getriebene Forschung geeigneter sein. Beide Hochschultypen sollen und müssen jedoch ihren Absolventen in einem «Reizklima» (Friedrich Schleiermacher) jene Wert- und Denkhaltung sowie jene Kompetenzen vermitteln, die Forschung ermöglichen. Forschung meint dabei weniger die konkrete Aktion,



Wohin führt der Weg der Universität der Zukunft? (Foto: da)

sondern vielmehr eine Haltung und Kompetenz: Die Offenheit, Bereitschaft, Neigung und Fähigkeit, in Möglichkeiten und Optionen zu denken, Neues zu ersinnen und mit dem Neuen und Ungewissen konstruktiv umzugehen. Als «Zukunftswerkstätten» bestimmte denn auch Walther Zimmerli die heute vom Staat oder von Privaten getragenen Hochschulen unterschiedlichen Typs und Ausrichtung. Die eh schon diffuse Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen wird sich über kurz oder lang weitgehend auflösen, da sich der Lehrkörper beider Hochschultypen zunehmen aus Absolventen der beiden Bereiche zusammensetzen wird und zahlreiche Fachhochschulen in ihrem Streben nach Exzellenz einen Leistungsaus-

weis erreichen werden, der es nicht zulässt, ihnen die Promotionsrechte zu verweigern. Des Umstandes bewusst, dass Vielfalt das Merkmal der europäischen Universität schlechthin ist, sollte den klassischen Universitäten nicht nur die Anerkennung und die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen leicht fallen, sondern auch die von ihnen geforderte Profilbildung. Einheit in der Vielfalt stiftet das forschende Lehren und Lernen, das es klar zu verteidigen gilt. Weiterhin bedeutet Verteidigung in erster Linie, dass den Studierenden eine angemessene Betreuung zuteil wird. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften wurde dieses seit 2002 klar deklarierte Ziel bis heute nicht erreicht, und sollte das Primat der Finanz-

politik auch die kommenden Jahre regieren, so werden in einzelnen Bereichen weiterhin Verhältnisse anzutreffen sein, die einem Betrug der Studierenden gleichkommen.

Die Bologna-Reform hat unter den Hochschulangehörigen Anlass zu mancher Klage gegeben. Mag die Reform auch in der Umsetzung anspruchsvoll sein und bei falscher Umsetzung selbst die für Hochschulen typische Lehr- und Lernform verunmöglichen, so schaffen die durch die Reform gesetzten Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der europäischen Hochschule: Mit den Studentenaustauschprogrammen ERASMUS und SOKRATES sowie der Einführung des *European Credit System*, das die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen massiv vereinfacht, hat sich die Mobilitätsrate der Studierenden signifikant erhöht. Hält dieser Erfolg an, so wird die bis ins 18. Jahrhundert übliche Mobilität von Studierenden und Professoren wieder erreicht (Walter Rüegg). Ebenso wird mit der Stufung des Studiums in einen Bachelor- und einen Masterstudiengang die für die mittelalterliche Universität kennzeichnende Unterscheidung zwischen den vorbereitenden, allgemein bildenden «artes liberales» und dem weiterführenden, besonderen Studium der Wissenschaften in modifizierter und den Erfordernissen der Gegenwart angepasster Form wieder aufgenommen. Selbstverständlich ist es herausfordernd, das universitäre Wissenschaftsverständnis auch auf der Bachelor-Stufe zu vermitteln und vorzuleben. Die Überwindung der erst im 19. Jahrhundert entstandenen disziplinären Grenzen durch die interdisziplinäre Behandlung von ausgewählten

Problemstellungen, ein gemeinsames Einführungsstudium für Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen, ein «studium fundamentale» (Dieter Langewiesche) oder die Beteiligung der Studierenden an den Forschungsarbeiten der Dozierenden sind mögliche Wege. Dies würde denn auch wieder die für die Hochschulen charakteristische Einheit und Allheit der Erkenntnis vermitteln, der Grundsatz, dass das Einzelne nicht für sich, sondern stets in seinen Verbindungen und Beziehungen zu betrachten ist (Walter Rüegg).

Zu Klage und Sorge Anlass gibt den Hochschulangehörigen die mangelnde freie Zeit für Forschung und Lehre, wobei insbesondere die mittels Evaluationen und Leistungsmessungen eingeforderte Rechenschaftslegung für die Misere verantwortlich gemacht wird. Selbstverständlich haben die Grundsätze des *New Public Management* manchenorts entgegen den eigenen Verheissungen zu einer Kontrollbürokratie und zu einem die angestrebte Kontrolle unterlaufenden System der Selbstlegitimation geführt. Diesen Auswüchsen ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Selbstverständlich ist Zeit für Lehre und Forschung die zentrale und durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedrohte Ressource. Zwei Punkte sind jedoch zu bedenken: Die Forderung nach Transparenz und öffentlicher Rechenschaftslegung ist ein Megatrend, der sämtliche Lebensbereiche erfasst hat. Nicht zuletzt ging der Anstoss zu vermehrter Öffentlichkeit von den Universitäten aus. Ebenso sind die Grundsätze des *New Public Management* sowie die Evaluationstechniken nicht vom Himmel gefallen; vielmehr wurden diese gerade auch an den hiesigen Universitäten entwickelt

und in einem beispiellos erfolgreichen Wissenstransfer, etwa durch das nationale Forschungsprogramm «Wirksamkeit staatlicher Leistungen», auf breiter Front implementiert. Weshalb und mit welcher Begründung sollten die Hochschulen, die in wissenschaftlicher Ökonomie zunehmend ins Zentrum von Wirtschaft und Gesellschaft rücken, sich den von ihnen selbst angestossenen Entwicklungen entziehen können? Die Gesellschaft mag gewillt sein, einer Institution, die ihre Zukunftsfähigkeit bewahrt, bedeutende Mittel zu gewähren. Sie wird sich jedoch nicht bereit finden, ihr mit neuen Privilegien erneut eine Sonderstellung ausserhalb der Gesellschaft zuzuweisen, die diese nun zu ihrem Vorteil schrittweise überwunden hat. Der Elfenbeinturm ist gesprengt, die Hochschulen stehen heute mitten in der Gesellschaft und sie sollten sich im eigenen Interesse an diese Normalität gewöhnen.

Literatur

Rüegg 1997, «Der Mythos der Humboldt'schen Universität», in: *Universitas in theologia – theologia in universitate*, Zürich 1997

«Der Humanismus und seine gesellschaftliche Bedeutung», in: Schwinges Rainer, *Artisten und Philosophen*, Band 1, Basel 1999

«Das Europa der Universitäten. Tradition – Brückenkopf – Liberale Modernisierung», in: Dieringer Jürgen, *Von der Idee zum Konvent. Eine interdisziplinäre Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses*, Budapest 2005

Tagung zur sozial- und kulturwissenschaftlich orientierten Technologiefolgen-Abschätzung

(at) In der bisherigen Technologiefolgen-Abschätzung werden Technologien häufig als «neutraler» Gegenstand thematisiert, meist ohne den sozio-kulturellen Kontext zu berücksichtigen. Zudem beschäftigt sie sich überwiegend mit «naturwissenschaftlichen» Technologien, verstanden als Massnahmen, Einrichtungen und Verfahren, die dazu dienen, naturwissenschaftliche Erkenntnisse praktisch nutzbar zu machen. In Zusammenarbeit mit TA-Swiss organisiert die SAGW nun eine Tagung zum Thema «Sozial- und kulturwissenschaftlich orientierte Technologiefolgenabschätzung» (SOKUTA), die auf den Ergebnissen eines gleichnamigen Berichts sowie einer Reihe zum Teil thematisch offener Workshops beruhen wird. Die Tagung findet am 21. April 2006 in Neuchâtel statt; bitte beachten Sie ab Januar 2006 die weiteren Angaben im SAGW-Newsletter und auf unserer Homepage.

SAGW-Medienpreis: Die «Goldene Brille» für DRS 3

(bk) Die Goldene Brille, der mit Fr. 10 000.– dotierte Medienpreis der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), ging dieses Jahr an den Journalisten und Input-Redaktor Thomas Balderer von DRS 3 für dessen Sendung «Was von der Jugend bleibt». Der Preis, mit welchem journalistische Leistungen ausgezeichnet werden, die in hervorragender Weise wissenschaftliche Forschung einem Laienpublikum zugänglich machen, wurde anlässlich der Herbsttagung der SAGW zum Thema «Universität der Zukunft» übergeben.

Die siebenköpfige Jury der «Goldenen Brille», alles Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und der Medienwelt, wählte dieses Jahr nach eingehender Prüfung die Sendung «Was von der Jugend bleibt», ausgestrahlt am 12. September 2004 auf DRS 3. Der Journalist und Input-Redaktor Thomas Balderer erhielt den mit Fr. 10 000.– dotierten Medienpreis der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften für seinen gut verständlichen Beitrag über eine Jugendstudie der Universität Zürich, welche zeigt, dass die Jugend unser Leben entscheidend prägt. Mit viel Sorgfalt und Phantasie wählte er eine Form, in der die klassische Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit aktuellen und historischen Reportagen verbunden wird.

Erwin Koller, ehemaliger Moderator «Sternschnuppe» bei SF DRS, Vorstandsmitglied der SAGW und Jurymitglied der Preiskommission, würdigte die Leistungen des jungen Preisträgers in seiner Laudatio. Thomas Balderer bedankte sich für den Preis und forderte die Anwesenden auf, doch ihre Anliegen auch einmal in drei Minuten und ohne Fremdwörter zu verwenden, vorzubringen.



Thomas Balderer (1976) studierte an der Universität Zürich Publizistik, Betriebswirtschaft und Sozialpsychologie und arbeitete nebenbei beim «Zürcher Unterländer» als Reporter und Redaktor. Seit 2002 ist der Journalist BR bei Schweizer Radio DRS tätig, wo er heute sowohl Input-Redaktor mit Verantwortung für die ganze Sendung sowie Tagesreporter ist. Thomas Balderer wohnt mit seiner Familie in Winterthur.

Kick-off-Tagung «Nachhaltigkeit – die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften» der Kommission Nachhaltige Entwicklung der SAGW

(at) Sowohl der Nachhaltigkeitsbegriff selbst als auch die Vorstellungen, auf denen er beruht («Solidarität», «inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit», «Bedürfnisse künftiger Generationen», «partizipative Prozesse», «gerechte Verteilung» etc.), werfen aus geistes- und sozialwissenschaftlicher Sicht eine Reihe von Fragen auf. Die Tagung «Nachhaltigkeit – die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften» der SAGW im Frühjahr 2006 will diese Fragen herausarbeiten und zeigen, dass es in der Nachhaltigkeitsdebatte um mehr als um die Umsetzung vorhandener Konzepte und das Lösen bereits definierter Probleme geht. Damit verbunden ist die Hoffnung, das Schwergewicht der

Nachhaltigkeitsdebatte von der operativen hin zur normativen Ebene bewegen, Ziel- und Orientierungswissen zu erarbeiten und die Frage «Wohin wollen wir?» in ihrer gesellschaftlichen Dimension stellen zu können. Mit der Tagung tritt die erst kürzlich gegründete Kommission Nachhaltige Entwicklung überdies erstmals in die Öffentlichkeit. Sie wird den Rahmen definieren, in dem sich die Kommission zukünftig bewegen wird, und soll Themen vorgeben, die aus Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften von besonderem Interesse sind. Bitte beachten Sie ab Januar 2006 die weiteren Angaben zur Tagung im SAGW-Newsletter und auf unserer Homepage.

Bedeutung des BFT-Bereichs für die Politik

(bk) Sowohl der Bundesrat wie auch die vier grossen Parteien der Schweiz räumen der Bildung, Forschung, Technologie und Innovation eine beachtliche Bedeutung ein. Bildung ist ein entscheidendes Gut der Schweiz, auf welchem das Wirtschaftswachstum und die Wohlfahrt des Landes aufbauen. Fast alle Seiten befürworten eine Erhöhung der Mittel. Und dennoch – in Anbetracht der knappen Bundesfinanzen lassen sich offensichtlich auch die besten Vorsätze nicht in die Tat umsetzen.

Die «Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007» stimmt optimistisch: «Der Bundesrat stuft Bildung, Forschung und Technologie als prioritäre Politikbereiche ein, denen während der Beitragsperiode 2004–2007 überdurchschnittlich erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen.» Dabei ist die Rede von einem jährlichen Wachstum der Mittel von insgesamt 6%. Dass die Realität nicht ganz so rosig aussieht, liegt inzwischen klar auf der Hand. Die Bundesfinanzen sind knapp, es muss an allen Ecken und Enden gespart werden, auch in der Bildung. Und so wurden denn die im Parlament bewilligten Investitionen für den BFT-Bereich durch die Entlastungsprogramme 03 und 04 gleich wieder drastisch reduziert.

Es kann nun aber nicht behauptet werden, dass das Parlament der Bildung eine weniger hohe Priorität zuordnen würde, als dies der Bundesrat tut. Zumindest nicht, wenn man die Positionspapiere der vier grossen Parteien liest. «Bildung

ist das wertvollste Gut der Schweiz und in diese Bildung investieren wir viel Geld», schreibt die FDP, für welche Bildung, Forschung und Technik der Motor für das Wachstum sind, und konkretisiert weiter: «Die Schweiz muss ihre Spitzenposition in der Forschung beibehalten. Dazu braucht es ausgezeichnete universitäre Bildung. Damit die Qualität der Ausbildung gesichert werden kann, braucht es auch entsprechende finanzielle Mittel. Die FDP ist bereit, diese Mittel den Bildungsinstitutionen zur Verfügung zu stellen, weil dies wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind.»

Auch die CVP befürwortet eine Mittelsteigerung im BFT-Bereich und setzt sich dafür ein, dass die Schweiz auch in Zukunft eine Spitzenposition in der Wissenschaft innehaben kann und ihre Hochschulen mit den besten der Welt mithalten können. Die CVP will einerseits die universitäre Grundlagenforschung und andererseits die Forschung und den Technologietransfer in den zukunftsorientierten Bereichen fördern. «Bildung ist für

die CVP das wichtigste Potential für eine aktive und verantwortungsvolle Gesellschaft und eine erfolgreiche Wirtschaft.»

Die SVP ist mit der Vergabe von zusätzlichen Mitteln etwas zurückhaltender und stimmt einer Erhöhung des Budgets erst zu, wenn die neuen Gesetze und effizientere Strukturen umgesetzt sind. Aber auch sie plädiert für «ein qualitativ hochstehendes und effizientes Bildungssystem» und vertritt die Ansicht: «Zielorientierte Forschung ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Dazu ist nicht nur der Erhalt, sondern in Zusammenarbeit mit allen Tertiärstufen ein Ausbau des Forschungsstandorts Schweiz nötig.»

Für die SP schliesslich, welche mit den entsprechenden Motionen den Reformprozess im Bildungswesen lancierte, gehört Bildung und Forschung im 21. Jahrhundert zu den prioritären Staatsaufgaben. «Durch einen besseren Einsatz der Mittel kann im schweizerischen Bildungssystem mit den bestehenden Bud-

gets mehr erreicht werden.» Um den Anschluss im internationalen Wissenswettbewerb zu halten, muss aber «die substanzielle Erhöhung der Ausgaben in Bildung und Forschung weiterhin ein Ziel bleiben. Der beste Weg ist, die Bildungs- und Forschungsausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen», schlägt sie vor, «denn Bildung ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft unseres Landes und in den Wohlstand unserer Bevölkerung.»

Es herrscht also seltene Einmütigkeit bezüglich der Bedeutung von Bildung, Forschung, Technologie und Innovation. Nur kann im Moment leider aufgrund der finanziellen Lage nicht mehr investiert werden. Und hier beisst sich die Schlange in den Schwanz, denn wenn keine Investitionen in den wirtschaftsfördernden BFT-Bereich getätigt werden können, stagniert auch das Wirtschaftswachstum, was wiederum zukünftige Investitionen verhindert.

Ein Reformprozess in drei Schritten

(bk/mz) Seit Jahren wird im Bereich Bildung, Forschung und Technologie (BFT¹) reformiert. Gesetze werden überarbeitet und neu entworfen, Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortungen werden neu geregelt, Prioritäten neu gesetzt. In der gegenwärtigen BFT-Botschaft ist zu lesen, dass der Reformprozess, welcher 2000 mit dem Erlass des Universitätsförderungsgesetz (UFG) eingeleitet wurde, sich über drei Etappen hinziehen und im Jahre 2011 beendet sein wird. Ende Jahr hat dieser Reformprozess Halbzeit, was die SAGW zum Anlass nimmt, eine erste Bilanz über die bisherigen Errungenschaften zu ziehen, und die zweite Reformhälfte, insbesondere die Periode 2008–2011, in den Blick zu nehmen.

Das übergeordnete Ziel dieses Reformprozesses scheint klar: Das BFT-System soll als wichtiger strategischer Faktor für die Zukunft unseres Landes an Qualität und Effizienz gewinnen. Im Mittelpunkt stehen folgende drei Teilziele:

- Die Ausbildung auf Sekundar- und Tertiärstufe entspricht den Anforderungen der Wissensgesellschaft und den Erwartungen der Auszubildenden.
- Die Schweiz kann ihre Stellung in der Grundlagen- und in der angewandten Forschung international behaupten.
- Die Wohlfahrt der Bevölkerung wird gesichert und das Wirtschaftswachstum gefördert.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden verschiedene Massnahmen genannt. Die Lehre soll insbesondere in den Bereichen Berufsbildung, ETH, Kantonale Universitäten,

Fachhochschulen und in hochschulübergreifenden Bereichen erneuert werden.

Zur Stärkung der Forschung wird in erster Linie der Schweizerische Nationalfonds (SNF) eingesetzt, und die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) soll in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wirtschaft für das Wirtschaftswachstum sorgen.

Der Reformprozess umfasst ebenso die Änderung folgender Gesetze:

- Fachhochschulgesetz (FHSZG)
- Hochschulartikel in der Bundesverfassung
- Berufsbildungsgesetz, 2002 gutgeheissen
- Universitätsförderungsgesetz (UFG)
- Forschungsgesetz (FG)
- ETH-Gesetz
- Bundesgesetz über die internationale Bildungszusammenarbeit und Mobilität
- Bundesgesetz über die Forschung am Menschen
- Bundesgesetz über die universitäre Ausbildung in den medizinischen Berufen

¹ Bis anhin war die Rede von BFT (Bildung, Forschung und Technologie). In der kommenden Botschaft wird von BFI (Bildung, Forschung und Innovation) gesprochen werden. Der Einfachheit halber verwenden wir im vorliegenden Dossier noch den Begriff «BFT» (Anm. d. Redaktion).

Überdies stellt sich das Postulat, die folgenden an der BFT-Landschaft Schweiz beteiligten Institutionen zu reduzieren: Berufsbildung, ETH-Bereich, Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Schweizerischer Nationalfonds, Kommission für Technologie und Innovation, Forschungsstätten und wissenschaftliche Hilfsdienste, Wissenschaftliche Akademien, Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat.

Zusammenfassend stehen folgende **Probleme** im Vordergrund:

- Klärung der verfassungsmässigen Zuständigkeiten des Bundes
- Erlass einer Gesetzgebung über alle Hochschulen (Ersatz UFG)
- Steuerung und Regulierung der Hochschulen in einer Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz (Schaffung von Kompetenzzentren mit internationaler Bedeutung, anreizorientierte Finanzierung)
- Förderung von nationalen Kooperationsprojekten
- Vertrauenspakt Wissenschaft und Gesellschaft

Gegenwärtig befinden wir uns in der zweiten Etappe «Unterstützung des Reformprozesses», in welcher ursprünglich geplant war, die Reform durch eine erhebliche Aufstockung der Mittel (+6%) voranzutreiben. In der letzten Etappe «Konsolidierung des Reformprozesses» sollen die gesetzlichen Neuerungen in Kraft gesetzt werden.

Einige Meilensteine der jetzigen Etappe wurden bereits erreicht. So wurde beispielsweise der Entwurf für eine neue Bildungsverfassung im Nationalrat gutgeheissen. Im Hinblick auf die Ausarbeitung der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie 2008–2011 wollen wir nun von Vertreterinnen und Vertretern des BFT-Bereichs wissen, wie Sie den gegenwärtigen Reformprozess beurteilen, und insbesondere auch erfahren, mit welchen Prioritäten und Mitteln dieser vorangetrieben werden soll.

Auf den folgenden Seiten sind die verschiedenen Interviews abgedruckt, welche von Beatrice Kübli und Annina Tischhauser geführt wurden.

Charles Kleiber nimmt Stellung für das Staatssekretariat für Bildung und Forschung

Staatssekretär Charles Kleiber ist überzeugt vom erfolgreichen Verlauf der BFT-Reformen und setzt auch in Zukunft auf den partnerschaftlichen Einbezug aller Beteiligten.

Beatrice Kübli: Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung hat im Jahre 2000 mit Horizont 2010 eine umfassende Reform des BFT-Systems lanciert. Wie beurteilen Sie den bisherigen Verlauf der Reform: Wurden die gesteckten Ziele bisher erreicht, sind unvorhergesehene Widerstände oder Probleme aufgetreten?

Charles Kleiber: Der bisherige Reformverlauf ist positiv. Im Politikbereich Bildung, Forschung, Technologie und Innovation ist seit dem Jahr 2000 sehr viel geschehen, dies auf den verschiedensten Ebenen. Mit der BFT-Botschaft 2000–2003 wurden einerseits die angesprochenen Reformen lanciert, andererseits wurde das Prinzip von Konkurrenz und Zusammenarbeit eingeführt, welches die BFT-Landschaft Schweiz seither neu belebt hat.

Beispiele wie etwa der Arc lémanique, das Projekt Vetsuisse und vor allem die Nationalen Forschungsschwerpunkte zeigen, dass sich die verschiedenen Kräfte vermehrt konzentrieren und dass die Arbeitsteilung unter den Institutionen auf nationaler Ebene zunimmt. Weiter konnten gemeinsam echte Problembereiche angepackt werden, wie etwa die Betreuungsverhältnisse bei den Geistes- und Sozialwissenschaften oder die Nachwuchsförderung im Forschungsbereich.

Die Führung des ETH-Bereichs mit Leistungsvereinbarung und Globalbudget bewährt sich.



Charles Kleiber ist Staatssekretär des Staatssekretariates für Bildung und Forschung (SBF).
(Foto: SBF)

Aus den internationalen Dossiers sind jenes der (weit gediehenen) Umsetzung der Bologna-Deklaration durch unsere Hochschulen und die verwirklichte Vollbeteiligung der Schweiz am 6. EU-Forschungsrahmenprogramm hervorzuheben.

Und nicht zuletzt auch auf der Ebene der Gesetzesgrundlagen ist sehr viel Positives geschehen seit dem Jahr 2000: Die neue Bildungsverfassung ist auf sehr gutem Wege, und der Bund und die Kantone haben sich auf die wichtigsten Prinzipien und Stossrichtungen für das neue Hochschulrahmengesetz einigen können. All das zeigt: Das Reformprojekt ist erfolgreich.

Wo sehen Sie die Hauptprobleme bei der Erreichung der gesteckten Ziele?

Natürlich gibt es ein so umfangreiches Reformprojekt wie das vorliegende auch Schwierigkeiten. Es sind aber weniger grundsätzliche Widerstände als viel mehr Fragezeichen, die aus der Komplexität eines politischen Systems erwachsen, das eine jahrhundertealte Geschichte mit sich trägt. Der BFT-Bereich betrifft letztlich alle: die Studierenden, die Institutionen und deren Führungen, die Kantone, den Bund, die Wirtschaft, die Gesellschaft usw. Alle diese Partner einzubeziehen, ist wichtig und richtig. Nur so können Lösungen gefunden werden, die auch von allen mitgetragen werden.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften in diesem Prozess?

Zwei übergeordnete Dinge. Zum einen ist sehr erfreulich, dass es die Hochschulen selbst sind, die auf die Dringlichkeit des Wandels hinweisen. Zweitens, dass wirklich alle politischen Kreise das Reformprojekt wollen und unterstützen. Der BFT-Bereich wird als strategisch für die Zukunft der Schweiz wahrgenommen. Dass dies so ist, zeigt sich an den Ressourcen, die für die Förderung von Bildung, Forschung, Technologie und Innovation bereitgestellt werden: In den Kreditperioden 2000–2003 und 2004–2007 steigen die entsprechenden Budgets merklich an, dies trotz Schuldenbremse!

Welche Schritte und Massnahmen sind nun für die zweite Hälfte dieses Reformprozesses von prioritärer Bedeutung?

Der Abschluss des Projekts Hochschul-Landschaft Schweiz, das auf ein einziges Gesetz für alle Schweizer Hochschulen abzielt. Trotz aller bisher erreichten Ziele: Dank dieses Gesetzes kann eine bessere Gesamtsteuerung des Schweizer Hochschulbereichs stattfinden und ein noch effizienterer Mitteleinsatz ermöglicht werden. Beides ist unabdingbar für den zukünftigen Erfolg.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» (siehe S. 27) identifiziert. Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Ich teile insgesamt Ihre Einschätzung der noch bestehenden Problembereiche. Auf die meisten dieser Punkte sind wir bisher schon eingegangen (Regelung der Zuständigkeiten, verbesserte Steuerung usw.). Darum möchte ich hier vor allem jenen des Vertrauenspakts zwischen Wissenschaft und Gesellschaft betonen. An diesem Ziel, zu dessen Erreichen vor allem auch der Dialog der Akademien beiträgt, müssen wir unbedingt weiterarbeiten.

Nebst den oben genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche? Stossen die Bestrebungen um Vereinfachung und Reduktion bei den betroffenen Institutionen auf Widerstand?

Im Rahmen der Strukturbereinigung geht es überhaupt nicht darum, die Zahl der Institutionen zu verkleinern. Das Ziel ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit des BFT-Platzes Schweiz, die langfristig nur erhalten werden kann, wenn die einzelnen Institutionen wettbewerbsfähig sind. Dies bedingt eine verstärkte gemeinsame Planung, eine vermehrte Arbeitsteilung und eine Konzentration der Kräfte. Dass Neues in aller Regel zuerst kritisch beurteilt wird, gilt nicht nur für den BFT-Bereich. Aber wenn wir sehen, wie viele Neuerungen in diesem Bereich seit dem Jahr 2000 eingeführt werden konnten, dann überwiegt das Positive bei weitem.

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich bin überzeugt, dass es eines Tages ein einziges Departement für den Politikbereich Bildung, Forschung und Innovation geben wird. Offen ist nur, wann. Diese Frage wird vom Bundesrat – auch im Lichte der allgemeinen Verwaltungsreform – derzeit geprüft. Wir werden sehen, zu welchen Schlüssen man kommt. Bis dahin nur der Hinweis, dass die Zusammenarbeit zwischen den derzeit für die Belange BFI zuständigen Departementen EDI und EVD tadellos klappt.

Kathy Riklin nimmt Stellung für die CVP

Nationalrätin Kathy Riklin (cvp, ZH), seit 2004 Vizepräsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates, möchte den BFT-Bereich mit einer Portfoliobereinigung und Qualitätskontrollen in die Zukunft führen.

Annina Tischhauser: Wie viel Bedeutung misst Ihre Partei nach Ihrer Einschätzung dem Bereich Bildung, Forschung und Technologie zu?

Kathy Riklin: Der BFT-Bereich hat in der CVP einen wichtigen Stellenwert. Wir sind eine Werte-Partei und vertreten in der Bildungspolitik wichtige Werte der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Im Vorfeld der BFT-Botschaft 2004–2008 galt Forschung und Lehre über alle Parteien hinweg als eine Priorität. Ist dem heute noch so?

Momentan finden die Diskussionen noch hinter den Kulissen statt. In der Debatte zur neuen Bildungsverfassung konnte man gegen aussen aber schon einige Zeichen setzen und zeigen, dass die Politik den BFT-Bereich ernst nimmt und der politische Wille für Veränderungen da ist. Wir streben einfachere Strukturen, aber auch eine gezielte Stärkung von Schwerpunktbereichen an.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Das ist sicher die genannte Bildungsverfassung, vor allem aber der Wille, das

Kathy Riklin ist Nationalrätin und seit 2004 Vizepräsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates.
(Foto: CVP)



Schiff jetzt gemeinsam mit den Universitäten und Kantonen in Fahrt zu bringen. Weiter sind mir die Förderung der angewandten Forschung, die Stärkung von Verbindungen zwischen Innovation und Wirtschaft, aber auch eine breite Grundlagenforschung wichtig.

Welche Erwartungen haben Sie an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Problemkomplexe, Massnahmen, Forderungen etc. sind für Sie prioritär?

Es braucht in Zukunft ganz klar eine Portfoliobereinigung und mehr Qualitätskontrollen. Das bedeutet, die Frage der Effi-

zienz stärker ins Zentrum zu rücken, die auch an den Hochschulen gestellt werden darf. Warum müssen an jeder Universität Studienrichtungen wie z.B. Theologie angeboten werden? Der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft soll zudem breiter geführt werden. Die Wissenschaft darf sich nicht im Elfenbeinturm befinden, denn sie wird ja durch Staatsmittel finanziert; es braucht regelmässige Evaluationen, die über konkrete Resultate Auskunft geben müssen.

Sind Sie beziehungsweise Ihre Partei bereit, zusätzliche Mittel für den BFT-Bereich zur Verfügung zu stellen?

Natürlich sind wir bereit! Ich glaube, die CVP hat das oft genug gezeigt. Leider kann aber auch der beste Wille keine Wunder bewirken; die Realpolitik ist von vielen Faktoren abhängig. Die staatlichen Mittel sind beschränkt und werden durch die kontinuierlich ansteigenden Ausgaben im Sozialbereich enorm beansprucht.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Mir ist nicht ganz klar, wie dieser «Vertrauenspakt Wissenschaft und Gesellschaft» daherkommen soll. «Science et Cité» beispielsweise ist ja leider relativ wirkungslos und wird kaum wahrgenommen. Mit dem Punkt «Steuerung und Regulierung der Hochschulen in einer

Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz» bin ich sehr einverstanden; es muss aber auch darauf geachtet werden, dass neue Ideen in einer allzu harten Konkurrenzsituation nicht erstickt werden und die eher zarten Pflänzlein dann keinerlei Chancen mehr haben.

Die «Förderung von nationalen Kooperationsprojekten» ist zweifellos ein hehres Ziel und eine wichtige Aufgabe; sie läuft allerdings Gefahr, in der Realisierung auf grosse Probleme zu stossen und wenig Wirkung zu zeigen.

Nebst den oben genannten Hauptzielen der Reformen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Institutionen wie die Akademien oder TA-Swiss sind ja schon klein, da bringt eine technische Übung der Zusammenführung nicht viel! Wie Sie sehen, bin ich in dieser Frage mit Staatssekretär Kleiber nicht einverstanden. Ich bin der Meinung, dass Institutionen wie die Akademien eine wichtige Aufgabe erfüllen als Bindeglied zwischen akademischer und nichtakademischer Welt, zwischen Hochschulen und Personen, die im angewandten Bereich tätig sind – eine neue Struktur mit einem gemeinsamen Dach macht da keinen Unterschied. Es gilt eindeutig wichtigere Bereinigungen in Angriff zu nehmen im Moment. Ohnehin frage ich mich, wo der politische Auftrag zu dieser Pol-Bildung herkommt; in der WBK jedenfalls wurde er so nicht besprochen.

Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich habe diesen Sommer gleichzeitig mit Theophil Pfister, Johannes Randegger und Hans Widmer im Nationalrat sowie mit Hermann Bürgi, Eugen David, Anita Fetz und Christiane Langenberger im Ständerat eine Motion eingereicht mit der Bitte, die Reorganisation des BFT-Bereiches konse-

quent weiterzuführen, die komplexen Strukturen effizienter zu gestalten und den gesamten Bereich in einem Departement zu vereinen. Und schon vor vier Jahren habe ich betont, dass es auf Bundesebene eine viel stärkere Vertretung der Bildungspolitik braucht. Das geht nur, wenn ein Bundesrat effektiv Zeit und Freiraum dafür hat und dieser Thematik das Gewicht geben kann, das sie dringend verdient.

Ruedi Noser nimmt Stellung für die FDP

Nationalrat Ruedi Noser (fdp, ZH) ist seit 2004 Mitglied der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates und setzt in der Bildungs- und Forschungspolitik auf outputorientierte Kriterien.

Annina Tischhauser: Wie viel Bedeutung misst Ihre Partei nach Ihrer Einschätzung dem Bereich Bildung, Forschung und Technologie zu?

Ruedi Noser: Die FDP ist der Überzeugung, dass der BFT-Bereich im Bezug auf Wohlstand und Wachstum unseres Landes erste Priorität geniessen muss.

Im Vorfeld der BFT-Botschaft 2004–2008 galt Forschung und Lehre über alle Parteien hinweg als eine Priorität. Ist dem heute noch so?

Generell beschäftigt man sich wenig mit dem Thema Bildungspolitik – die Helikopterfrage im Rahmen des Rüstungspro-

gramms hat in der Herbstsession jedenfalls mehr Aufmerksamkeit erregt. Wir sind jedoch der Meinung, dass auch für



Ruedi Noser ist Nationalrat und Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates. (Foto: FDP)

die BFT-Botschaft 2008–2011 ein Wachstum in der Höhe der gegenwärtigen Botschaft angestrebt werden sollte. Es bestehen nach wie vor Chancen, dieses Wachstum zu realisieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Das sind sicher das Fachhochschulgesetz, die Stärkung der KTI, die Sicherung der Unabhängigkeit der Grundlagenforschung und die zusätzlichen Mittel für die Lehre.

Welche Erwartungen haben Sie an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Problemkomplexe, Massnahmen, Forderungen etc. sind für Sie prioritär?

In der letzten Botschaft stand die Lehre im Vordergrund; für 2008–2011 geht es uns nun in erster Linie um die Forschung und Innovation.

Sind Sie beziehungsweise Ihre Partei bereit, zusätzliche Mittel für den BFT-Bereich zur Verfügung zu stellen?

Wie gesagt sind wir bereit, Mittel im Umfang der BFT-Botschaft 2004–2008 bereitzustellen – erwarten von Seiten des BFT-Bereiches aber ganz klar eine Effizienzsteigerung! So könnten etwa im Hochschulbereich mit Sicherheit Einsparungen gemacht werden.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Die Punkte «Klärung der verfassungsmässigen Zuständigkeiten des Bundes», der «Erlass einer Gesetzgebung über alle Hochschulen (Ersatz UFG)» und die «Steuerung und Regulierung der Hochschulen in einer Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz» hängen zusammen und haben Priorität. Die «Förderung von nationalen Kooperationsprojekten» hingegen schaue ich nicht als prioritär an.

Nebst den genannten Hauptzielen der Reformen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Strukturanpassungen bringen hier nicht viel. Viel wichtiger sind die konsequente Frage, wo Innovation stattfindet, und die Konzentration auf outputorientierte Kriterien. Institutionen, die etwas beitragen zum Wohlstand und zum Wachstum des Landes, können auch mit Fördermitteln rechnen. Die Vergabe der Fördermittel muss aber viel transparenter und wettbewerblischer geschehen.

Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich persönlich kann mir sehr gut vorstellen, dass der BFT-Bereich in einem einzigen Departement untergebracht werden soll. Ob die Bildung zum EDI gehört – da

bin ich mir nicht so sicher! Zumal mir nicht klar ist, was Bildung mit Sozialversicherungen und Krankenkassen zu tun hat. Viel eher wäre da noch ein Zusammenschluss mit dem Wirtschaftsdepartement sinnvoll.

Theophil Pfister nimmt Stellung für die SVP

Nationalrat Theophil Pfister (svp, SG) präsidiert seit 2003 die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates. Er plädiert für mehr Effizienz im BFT-Bereich und ist der Meinung, dessen Qualität könne und müsse gesteigert werden – und das auch mit weniger Geld. Denn Geld fliesse immer erst dann, wenn Effizienz und Erfolg auf hohem Niveau seien.

Annina Tischhauser: Wie viel Bedeutung misst Ihre Partei nach Ihrer Einschätzung dem Bereich Bildung, Forschung und Technologie zu?

Theophil Pfister: Natürlich hat der Bildungsbereich in der SVP einen hohen Stellenwert – besonders heute, wo sich aufgrund der Finanzknappheit viel mehr Fragen stellen als früher. Ich habe diesbezüglich soeben ein Positionspapier verfasst; nächstens wird auch eine Pressekonferenz einberufen.

Im Vorfeld der BFT-Botschaft 2004–2008 galt Forschung und Lehre über alle Parteien hinweg als eine Priorität. Ist dem heute noch so?

Im Moment gibt es relativ wenig bildungspolitische Diskussionen; das hat man auch in der Herbstsession gesehen, wo die Bildungsverfassung keine grossen Wellen



Theophil Pfister ist seit 2003 Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates. (Foto: SVP)

geschlagen hat. Möglicherweise ist es für eine intensive Debatte aber auch einfach noch zu früh: Sie wird wohl erst losgehen, wenn die Botschaft 2008–2011 draussen ist. Wie jedes andere politische Thema auch kann die Bildungspolitik nicht konstant, sondern nur zwischenzeitlich ganz oben auf der Agenda stehen.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Das konsequente Überdenken des ganzen BFT-Bereiches und das Einleiten entsprechender Schritte zur Verbesserung – wie beispielsweise das Ändern der Verfassung, das Schaffen neuer Autonomien, gezielter und transparenter Einsatz der Mittel usw. Aber wir sind erst auf dem Weg, es gibt noch längst keine abschliessenden Antworten, was wir erreicht haben und was nicht.

Welche Erwartungen haben Sie an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Problemkomplexe, Massnahmen, Forderungen etc. sind für Sie prioritär?

Prioritär ist, dass wir kein Geld mehr haben. Das bedeutet, dass sämtliche BFT-Bereiche immer genauer begründen und ausweisen müssen, welche Mittel wofür ausgegeben werden. Und das bedeutet auch, dass Projekte oder Institutionen, die nicht effizient sind, aus dem Katalog hinausfallen müssen, wie das möglicherweise bei TA-Swiss der Fall sein könnte.

Sind Sie beziehungsweise Ihre Partei bereit, zusätzliche Mittel für den BFT-Bereich zur Verfügung zu stellen?

Die SVP ist sehr wohl bereit, zusätzliche Mittel für Bildung, Forschung und Technologie resp. Innovation auszugeben – wenn glaubhaft gemacht werden kann, dass diese Mittel etwas bringen! Wir müssen an einen Punkt kommen, wo man nachweisbare Erfolge hat, dann kann man auch über Geld reden und dann wird dieses Geld auch problemlos fliessen. Wie gesagt ist es deshalb Aufgabe des Bildungsbereiches, alte Zöpfe abzuschneiden und Projekte abzubrechen, wenn diese nichts bringen und ineffizient sind. Aus diesem Grund sollten in der Forschung mess- oder beurteilbare Zwischenschritte definiert werden, die es erlauben, rechtzeitig über den Einsatz der Mittel zu urteilen. Nur so können wir ein Niveau erreichen, das dem Parlament und der Bevölkerung beweist: Hier ist das Geld gut eingesetzt und hier müssen zu Recht zusätzliche Mittel aus dem hart umkämpften Bundeshaushalt fliessen.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Es ist sicher richtig, jetzt die Hochschulen zu reorganisieren, wobei ich hier nicht wie Sie von «Steuerung und Regulierung» und einer «Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz», sondern von der Not-

wendigkeit zur Autonomie sprechen würde, damit Hochschulen mit eigenem Profil und eine Konkurrenzsituation entstehen können. Diese autonomen Hochschulen können danach immer noch miteinander kooperieren, wenn sie das wollen; da steht ihnen nichts im Wege.

Ein künstlicher «Vertrauenspakt Wissenschaft und Gesellschaft» im Sinne von «Science et Cité» ist meiner Meinung nach nicht das, was es braucht – das sind doch leere Floskeln. Es ist aber wichtig, dass die akademische Welt transparent ist, sich allfälligen Fragen der Gesellschaft stellt und ausweist, wofür sie die Steuer-gelder einsetzt. Es ist übrigens erfreulich, dass sich die Wissenschaft schon heute viel stärker legitimieren muss als früher und man inzwischen laut fragen darf, was sie uns eigentlich nützt und bringt.

Nebst den genannten Hauptzielen der Reformen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in

welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Nehmen Sie das Beispiel der Akademien: Hier sollte man ganz klar vermehrt Synergien nutzen. Ich unterstütze in dieser Frage die Linie von Staatssekretär Kleiber – oder würde sogar noch etwas weiter gehen – und möchte für alle derartigen Institutionen einen klaren Leistungsausweis.

Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich habe diesen Sommer gemeinsam mit anderen NationalrätInnen eine Motion eingereicht mit der Bitte, die Reorganisation des BFT-Bereiches konsequent weiterzuführen, die komplexen Strukturen effizienter zu gestalten und den gesamten Bereich in einem Departement zu vereinen. Es obliegt aber natürlich ganz allein dem Bundesrat, über solche Vorschläge, wie sie ja von allen vier Bundesratsparteien gemacht worden sind, zu entscheiden.

Hans Widmer nimmt Stellung für die SP

Nationalrat Hans Widmer (sp, LU) präsidierte von 2001–2003 die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates und ist nach wie vor Mitglied derselben. Widmer wünscht sich in Zukunft verbesserte Betreuungsverhältnisse und Reformen im Stipendienwesen.

Annina Tischhauser: *Wie viel Bedeutung misst Ihre Partei nach Ihrer Einschätzung dem Bereich Bildung, Forschung und Technologie zu?*

Hans Widmer: Dieser Politikbereich steht an zweiter Stelle gleich nach der Sozialpolitik, weil Bildung aus unserer Sicht der Motor ist für die Entwicklung der heutigen Wissensgesellschaft.

Im Vorfeld der BFT-Botschaft 2004–2008 galt Forschung und Lehre über alle Parteien hinweg als eine Priorität. Ist dem heute noch so?

Vordergründig sagen auch heute noch alle, die Bildungspolitik habe Priorität. Unter dem allgemeinen Spardruck haben schliesslich aber nur die wenigsten den Mut, den Bildungsbereich vom Ruf der Opfersymmetrie auszunehmen und bei der Verteilung des Kuchens ernsthaft für bildungspolitische Anliegen einzustehen.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Es hat sich erfreulicherweise schon viel Positives entwickelt. Zu erwähnen wären da sicher die erfolgreich in der Umsetzung

Hans Widmer ist Nationalrat und war von 2001–2003 Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates.
(Foto: SP)



begriffenen Reformen im tertiären Sektor und eine gewisse Portfoliobereinigung im ganzen Bildungsbereich.

Welche Erwartungen haben Sie an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Problemkomplexe, Massnahmen, Forderungen etc. sind für Sie prioritär?

An erster Stelle steht für uns bekanntermassen die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse. Ausserdem besteht grosser Reformbedarf im Stipendienwesen, und dieser Bereich liegt mir persönlich und der SP besonders am Herzen. Wenn die

angestrebte Mobilität in einem europäischen Bildungsraum wirklich Zukunft haben soll, dann müssen die Stipendien unbedingt harmonisiert und auch erhöht werden.

Noch offen ist im Moment, wie eine klare Abgrenzung der politischen Kompetenzen zwischen der EDK (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren), den Universitäten und dem Bund erreicht werden kann. Hier herrscht über die definitive Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Organs noch sehr viel Unklarheit.

Eine ungeklärte Frage ist für mich ausserdem, wie wir das *lifelong learning* umsetzen können, und zwar nicht nur für AkademikerInnen. Auch hier wird uns beschäftigen, dass die Bevölkerung tendenziell immer älter wird und nicht nur in jungen Jahren, sondern lebenslang Bildungsanregungen benötigt. Last but not least fordern wir, den Wissens- und Technologietransfer und die Innovation weiter zu fördern: Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen dem Nationalfonds und der KTI zu verstärken.

Sind Sie beziehungsweise Ihre Partei bereit, zusätzliche Mittel für den BFT-Bereich zur Verfügung zu stellen?

Obwohl die SP seit Langem ein Wachstum fordert, muss man gegenwärtig schon froh sein, wenn die Mittel nicht weiter sinken – und das, obwohl zu Beginn der Beratungen über die BFT-Botschaft 2004–2008 versprochen worden ist, es würden im Bildungsbereich über 4% zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Situation ist besonders prekär, da wir im Moment ja immer mehr

Studierende haben und dringend zusätzliche Lehrstühle benötigten; dies zumindest vorübergehend, bis die Studierendenzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung allenfalls wieder zurückgehen.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Den «Erlass einer Gesetzgebung über alle Hochschulen» begrüssen wir sehr, möchten aber nicht, dass er aus Zeitgründen vorschnell übers Knie gebrochen wird. Es wird sich lohnen, hier besonnen vorzugehen. Die Vorstellung einer «Steuerung und Regulierung der Hochschulen in einer Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz» ist prinzipiell sicher nicht schlecht, es besteht aber die Gefahr, negative Anreize zu schaffen und die Konkurrenzsituation – welche in der akademischen Welt ohnehin sehr ausgeprägt ist – auf Kosten der Zusammenarbeit zu verschärfen. Einen «Vertrauenspakt Wissenschaft und Gesellschaft» erachten wir als sinnvoll; er wird jedoch nicht zu erreichen sein mit dem Veranlassen einiger Feste im Rahmen von «Science et Cité». Viel sinnvoller wäre es, in der Wissenschaft verstärkt ein Gespür für demokratiefähige Projekte zu entwickeln. In diesem Sinne sind auch Institutionen wie TA-Swiss zukünftig auszubauen.

Nebst den oben genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur

der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Synergien müssen vor allem in der Verwaltung genutzt werden! Meines Erachtens könnten auch die KTI und der SNF näher zusammenarbeiten – angewandte und Grundlagenforschung kann nicht immer strikt getrennt werden. Hingegen bringt es kaum etwas, Institutionen wie die Akademien unter einem Dach zu vereinen. Wichtiger ist es, ihren Wert und ihre Verbindungen sowohl zur Hochschul- und Forschungslandschaft als auch zur Gesellschaft anzuerkennen.

Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich bin voll und ganz dafür und habe schon vor Jahren mit Bundesrätin Ruth Dreifuss über die Frage gestritten, warum ein solches schwer durchsetzbar sei und man sich schon so lange derart standhaft dagegen gewehrt habe. Frau Dreifuss hat mir dann jeweils mit einem interessanten pragmatischen Argument geantwortet: Solange sich zwei Departemente um den BFT-Bereich kümmern, süssen auch zwei Bundesräte zu deren Verteidigung im Bundesrat, was während der Budgetkämpfe natürlich zu begrüssen sei. Das hat mir «machtlogisch» immer eingeleuchtet. Von der «Sachlogik» her gesehen liegt es aber auf der Hand, dass über kurz oder lang ein einziges Bildungsdepartement entstehen muss.

Willi Roos nimmt Stellung für den Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS)

Willi Roos, der Präsident des CASS, setzt im BFT-Bereich auf schlanke Strukturen und mehr Eigenverantwortung der Institutionen. Unter den Akademien sieht er Synergiepotenzial durch das Setzen strategischer Schwerpunkte und Querschnittsaufgaben.

Beatrice Kübli: Welche Ziele der aktuellen BFT-Botschaft hat der CASS bereits erreicht?

Willi Roos: Die Diffusion der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung wird laufend und intensiv betrieben. Dadurch wird im gleichen Zuge auch das Verständnis der Öffentlichkeit für die Bedeutung und die Anliegen der Wissenschaft gefördert.

Werden Sie die restlichen Ziele voraussichtlich bis Ende 2007 erreichen können?

Ja, die in der aktuellen BFT-Botschaft gesetzten Ziele werden voraussichtlich erreicht werden. Am anspruchsvollsten bleibt das Ziel, das Verständnis der Öffentlichkeit für die Forschung zu fördern.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Die Genehmigung der Bildungsverfassung im Nationalrat. Damit wurden Grundsätze für die Zusammenarbeit und die Führung des BFT-Systems festgelegt. Wichtig ist dabei eine schlanke und einfache Struktur.

Willi Roos ist Präsident des Rates der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS).
(Foto: SATW)



Welche Erwartungen haben Sie grundsätzlich an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Ziele, Massnahmen, Forderungen etc. haben für Sie Vorrang?

Der CASS wird sicher weiterhin seine Zusammenarbeit verstärken. Insgesamt soll den Institutionen mehr Eigenverantwortung übertragen werden. Idealerweise übernehmen die Institutionen die Verantwortung für das operative Geschäft und schlagen der Politik mögliche Strategien vor. Die Politik prüft die Strategie und stellt entsprechend Geld zur Verfügung. Das erlaubt schlankere Strukturen und steigert zudem die Kompetenz der Institu-

tionen und damit des ganzen BFT-Systems.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Am wichtigsten ist mir die Steuerung und Entwicklung der Hochschulen, wobei das natürlich die Klärung der verfassungsmässigen Zuständigkeit des Bundes bedingt. Die Suche nach gemeinsamen Projekten wird vermutlich von allein verstärkt werden, sobald die Institutionen mehr Eigenverantwortung übernehmen können.

Nebst den im Leitfaden genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Der CASS ist bereits dabei, die Synergien der Akademien besser zu nutzen. Er wird in Form einer strategischen Management-Holding strategische Schwerpunkte sowie Querschnittsaufgaben für die Akademien festlegen. Synergien zeigen sich auch im Bereich SNF und KTI, wo die Zusammenarbeit intensiviert werden könnte. Denn aus der vom SNF unterstützten Grundlagenforschung gehen Resultate hervor, die in der vom KTI unterstützten anwendungsorientierten Forschung umgesetzt werden müssen. Weitere Synergien könnten im Bereich Früherkennung durch Zusammenarbeit zwischen den Institutionen oder beim Dialog Wissenschaft und Öffentlichkeit genutzt werden. Bei letzterem zeigt sich Potenzial zwischen den Akademien und TA-Swiss beziehungsweise «Science et Cité».

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich unterstütze die Schaffung eines Bildungsdepartements und finde das eine gute Lösung.

Jean-Marc Rapp nimmt Stellung für die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)

Jean-Marc Rapp, Präsident der CRUS, unterstreicht die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit unter den Hochschulen im Bereich der Lehre und sieht nach wie vor grossen Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Beatrice Kübli: Welche Ziele der aktuellen BFT-Botschaft hat Ihre Institution bereits erreicht?

Jean-Marc Rapp: Le renouvellement de l'enseignement, donc le processus de Bologne, est un grand succès, ce que montrent les études comparatives, où la Suisse possède un très bon score pour l'implémentation. Je crois qu'une des raisons de cette « success story » a été la bonne répartition des tâches entre la politique et le monde académique et aussi le fait que la CRUS a obtenu un crédit pour l'introduction du nouveau système. On fait des progrès concernant la situation des jeunes chercheurs, on est encore loin du but. On doit encore beaucoup améliorer la coordination entre les besoins universitaires et les procédures du SNF. Dans le domaine de répartition des tâches et la coopération entre les universités il y a eu plusieurs succès importants. Trois facultés de théologie en Suisse romande ont créé par exemple une fédération de coopération. Mais il faut dire que les règles financières découragent la coopération plus tôt qu'elles ne l'encouragent !

Werden Sie die restlichen Ziele voraussichtlich bis Ende 2007 erreichen können?

Jean-Marc Rapp est le président de la Conférence des Recteurs des Universités Suisses (CRUS).
(Photo: Uni Lausanne)



Non, pas du tout. Par exemple, les efforts pour l'amélioration de l'encadrement dans les sciences humaines et sociales doivent être continués également après 2007. Un classement des facultés de droit et de sciences économiques de Suisse, d'Allemagne et d'Autriche, publié dans une édition spéciale de « Die Zeit » a montré que la Suisse a encore un bon retard à rattraper.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

La réforme de Bologne. Elle a donné lieu à d'importantes réflexions au sein des universités, ce qu'on aurait probablement pas fait sans elle.

Welche Erwartungen haben Sie grundsätzlich an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Ziele, Massnahmen, Forderungen etc. haben für Sie Vorrang?

J'aurais apprécié de commencer cette période avec la nouvelle loi pour les universités, mais il paraît qu'on ne l'aura pas pour 2008. On vivra donc avec le système actuel jusqu'en 2011. Je souhaite que les autorités politiques considèrent le secteur d'éducation comme vraiment prioritaire et qu'ils poursuivent les efforts commencés. Un objectif principal de la CRUS sera, comme maintenant, le renforcement de l'enseignement et elle y ajoutera celui de la recherche, dont particulièrement la procédure d'allocation.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

C'est difficile. Le point 4 (Steuerung und Regulierung der Hochschulen in einer Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz) me semble-t-il. Et là, à mes yeux, la coopération entre les universités a une valeur plus importante que la compétition, surtout dans l'enseignement. La compétition peut être judicieuse dans la recherche, mais pas dans l'enseignement.

En plus j'aimerais ajouter un point à cette liste, qui me paraît aussi très important : le problème de la TVA. La coopération n'est pas simplifiée si l'autorité fiscale perçoit une taxe de 7,6% dès qu'une université paie une part du salaire pour un collaborateur commun à l'autre univer-

sité ! L'argent public se taxe lui-même à grands frais, ce qui est insensé.

Nebst den im Leitfaden genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Je dois d'abord dire que je ne suis pas un spécialiste de l'organisation administrative du système de l'encouragement de la recherche. Mais il me semble logique que le SNF, qui s'occupe surtout de la recherche de base, n'ait pas les mêmes critères et points de vue que la KTI, qui soutient la recherche appliquée. C'est donc aussi logique que les personnes en charge soient différentes. Si pour cela il faut deux institutions, c'est une autre question. Globalement je suis tout à fait d'accord de simplifier les activités. De ce point de vue là je trouve aussi, que la loi-cadre proposée ainsi que l'idée de la conférence des responsables des hautes écoles sont une bonne idée.

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

C'est une excellente idée, à réaliser le plus vite possible. L'administration fédérale devrait montrer l'exemple dans ce processus de réorganisation. Le paysage suisse de l'éducation s'organise et doit devenir plus efficace. On veut éviter les doublons et la dispersion des responsabilités. Cela doit commencer au niveau fédéral.

Fredy Sidler nimmt Stellung für die Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)

Fredy Sidler, Generalsekretär der KFH, begrüsst die durch die Reformen in Gang gekommene Kooperation im BFT-Bereich. Er erwartet von der BFT-Botschaft 2008–2011, dass die FH-Forschung weiter ausgebaut wird.

Beatrice Kübli: Welche Ziele der aktuellen BFT-Botschaft haben die Fachhochschulen bereits erreicht?

Fredy Sidler: Es wurden verschiedene strategische und profilbildende Projekte durchgeführt. Dadurch, dass die KTI vermehrt Mittel zur Verfügung stellte, konnten die Fachhochschulen weitere Kompetenzen in der anwendungsorientierten Forschung aufbauen. Auch bei der Integration der drei Bereiche Gesundheit, Soziales und Kultur gibt es Fortschritte.

Werden Sie die restlichen Ziele voraussichtlich bis Ende 2007 erreichen können?

In den drei neuen Bereichen konnten bisher nur Projekte in kleinem Ausmass durchgeführt werden. Die Forschung ist in diesen Bereichen eine junge Erscheinung, es besteht wenig Erfahrung. Zudem sind die Mittel knapp, was generell ein Problem ist. Zur Umsetzung der Ziele fehlen den Fachhochschulen rund 500 Mio. Franken. Es wurde ein Masterplan erarbeitet, der den Fokus auf die Umsetzung der Bologna-Reform und die Weiterentwicklung der Forschung legt. Diese beiden Ziele werden voraussichtlich auch erreicht werden.



Fredy Sidler ist Generalsekretär der Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH).
(Foto: KFH)

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Der Vorschlag, eine Hochschulträgerkonferenz zu schaffen, welche den Fachhochschulen als erste politische Ansprechinstanz dient.

Welche Erwartungen haben Sie grundsätzlich an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Ziele, Massnahmen, Forderungen etc. haben für Sie Vorrang?

Dass der Forschungsanteil ausgebaut wird. Die Forschungsmethodik ist ein wichtiger

Teil der Ausbildung, und ohne Forschung mit Bezug zu Wirtschaft und Gesellschaft ist es nicht möglich, ein starkes wissenschaftliches Fundament zu schaffen.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Den Erlass einer Gesetzgebung über alle Hochschulen und auch deren Steuerung und Regulierung in einer Kombination von freiwilliger Kooperation und Konkurrenz finde ich sehr wichtig. Keinen Bedarf sehe ich hingegen bei der Förderung von nationalen Kooperationsprojekten. Solche Projekte sind in der Regel nur langfristig erfolgreich, wenn sie von unten initiiert werden, nicht wenn Themen von oben vorgegeben werden.

Nebst den im Leitfaden genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Es ist fraglich, ob die Trennung in Grundlagenforschung (SNF) und anwendungsorientierte Forschung langfristig sinnvoll ist. Die Unterscheidung wird hier immer schwieriger. Zudem fordert die KTI, dass

50% der Mittel von der Wirtschaft gesprochen werden müssen. Nun gibt es aber ein breites Feld von anwendungsorientierter Forschung, die noch zu wenig entwickelt ist, um dieses Kriterium zu erfüllen. Wird so aufgeteilt wie bis anhin, werden solche Projekte nicht unterstützt. Ein Zusammenschluss zu einer Forschungsförderungsinstitution hätte den Vorteil, dass die Qualität eines Forschungsprojektes als erstes Kriterium gelten könnte. Vereinfachungen könnten auch bei der Ressortforschung erzielt werden. Da werden öffentliche Mittel für Forschungsförderung vergeben, und gleichzeitig unterstützt auch das Bundesamt Forschungsaufträge. Ich frage mich, ob eine solche Unterteilung sinnvoll ist.

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ein einziges Departement für die Bildung ist sicher sinnvoll. Mit der Idee, eine Hochschulträgerkonferenz einzurichten, welche uns als erste politische Ansprechinstanz dient, ist es für uns allerdings nicht mehr ganz so wichtig, ob sich dahinter dann ein oder zwei Departemente verbergen. Trotzdem wäre ein Bildungsdepartement sinnvoll, denn zurzeit herrschen ganz unterschiedliche Kulturen und, leider, bisweilen auch Sprachlosigkeit. Das würde den Voten gerecht, dass Bildung für die Schweiz ein wichtiges Gut ist. Zudem könnte die Schweiz dann an EU-Konferenzen auch, wie die anderen Länder, mit einem Bildungsminister teilnehmen.

Johannes Kaufmann nimmt Stellung für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI)

Johannes Kaufmann, Geschäftsführer der KTI, ist im Bereich der KTI mit dem bisher Erreichten sehr zufrieden. Er begrüsst den Wandel von der Wirtschafts- zur Wissensgesellschaft und hofft auf den weiteren Abbau von Innovationshindernissen.

Beatrice Kübli: Welche Ziele der aktuellen BFT-Botschaft hat die Kommission für Technologie und Innovation bereits erreicht?

Johannes Kaufmann: In unserem Kerngeschäft, also Stärkung der angewandten Forschung und Entwicklung sowie Förderung neuer Technologien und zukunftsgerichteter Forschungs- und Entwicklungsbereiche, sind wir gut unterwegs. Wir konnten viele geniale und neue Instrumente lancieren, beispielsweise «KTI Discovery Project». Damit fördern wir in Bereichen, die nicht mehr in die Grundlagenforschung fallen, aber noch zu weit vom Markt entfernt sind, um die nötige wirtschaftliche Unterstützung (mind. 50% der Projektkosten) zu erhalten. In die Förderung des Unternehmertums haben wir einiges investiert. Es ist ja schon erstaunlich, dass jemand die ganze Bildungskette durchlaufen kann, ohne jemals mit dem Thema Unternehmertum in Berührung zu kommen. Hier wollen wir schweizweit für eine Sensibilisierung sorgen, denn die KTI hat letztlich eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

Werden Sie die restlichen Ziele voraussichtlich bis Ende 2007 erreichen können?

Johannes Kaufmann ist Geschäftsführer der Kommission für Technologie und Innovation (KTI).

(Foto: KTI)



Ja, ich denke wir werden alle Ziele erreichen können. Mit dem Erreichten bin ich bis jetzt sehr zufrieden. Letztlich handelt es sich bei den Tätigkeiten der KTI jedoch um Volumengeschäfte, wie bei den meisten «Firmen» auch. Wo ich noch eine Lücke sehe, ist zwischen der Ideen-Produktion und deren Valorisierung. Hier liegt sowohl in der Menge als auch in der Qualität noch Verbesserungspotenzial.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Die Tendenz, die traditionelle Wirtschaftsgesellschaft in eine Wissensgesellschaft zu transformieren und, damit verbunden,

dass jetzt von «Investitionen» statt von «Ausgaben» für die Wissensgesellschaft gesprochen wird. Wichtig ist mir weiter die Priorität, die dem BFT-Bereich mit dieser Reform eingeräumt wird. In der Schweiz entstehen nämlich viele gute Ideen, aber zu wenige werden umgesetzt. Es findet eher eine Erosion als ein dynamischer Aufbau statt. Man muss aber auch sehen, dass ein Aufbau mit dem gegenwärtig tiefen Wirtschaftswachstum nicht einfach ist.

Welche Erwartungen haben Sie grundsätzlich an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Ziele, Massnahmen, Forderungen etc. haben für Sie Vorrang?

Die Transformation der Wirtschafts- oder sogar Agrargesellschaft in eine Wissensgesellschaft sollte jetzt ernsthaft angegangen werden. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Forschung und Entwicklung liegt in der Schweiz weit hinter dem internationalen Durchschnitt; die Schweiz verdankte ihren Spitzenplatz weitgehend dem finanziellen Einsatz der Wirtschaft. Die Transformation darf nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben. Dass sie noch nicht stattgefunden hat, zeigte sich deutlich beim letzten Entlastungsprogramm, welches Kürzungen im BFT-Bereich, nicht aber in der Landwirtschaft vorsah.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder drei Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Die unklare Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen stellt meiner Ansicht nach eines der grössten Innovationshindernisse überhaupt dar. Durch den Koordinationsaufwand gehen viele Ressourcen verloren. Auch mehr Wettbewerb käme der Effizienz zugute. Ich denke, zu viel Geld wird als Grundbeiträge ausgegeben, was letztlich nur die bestehenden Strukturen erhält. Ein Teil müsste kompetitiv vergeben werden, wobei zur Evaluation ähnliche Kriterien wie diejenigen des SNF und der KTI verwendet werden könnten. Sobald mehr Wettbewerb herrscht, werden die Kooperationsprojekte von allein entstehen. Wichtig ist wiederum die Förderung des *Public Understanding*. Die Unsicherheit des Nicht-Wissens führt dazu, dass Strukturen unnötig bewahrt werden. Erst wenn das Vertrauen vorhanden ist, können neue Wege eingeschlagen werden. Ich bin auch überzeugt, dass eine Konzentration auf lokale Probleme nicht genügt. Solange die globalen Probleme nicht angegangen werden, ist ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum nicht mehr möglich.

Nebst den im Leitfaden genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institutionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Nun, die Frage der Zusammenlegung von SNF und KTI ist ja vorderhand vom Tisch. Eine kürzlich durchgeführte Evaluation hat ergeben, dass es sich bei beiden um sehr effiziente Forschungsförderungsinstitutionen handelt, obwohl ihnen, im inter-

nationalen Vergleich, nur wenig Mittel zur Verfügung stehen. Zudem haben wir mit dem SNF eine sehr gute Zusammenarbeit. Zu viele Akteure hat es nicht bei den Institutionen, sondern im Steuerungs- und im Politikbereich.

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Ich denke, das macht Sinn. Vieles könnte dadurch vereinfacht werden, denn die unterschiedliche Politik der beiden Departemente führt bisweilen doch zu einem hohen Koordinationsaufwand. Andererseits haben wir im Moment natürlich zwei Bundesräte, die sich für die Bildung, Forschung und Innovation einsetzen, und das verleiht diesem Bereich ein höheres Gewicht.

Dieter Imboden nimmt Stellung für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF)

Dieter Imboden, Präsident des SNF, ist die Förderung des Nachwuchses besonders wichtig, und er hofft auf die nötigen Mittel zur Umsetzung der Ziele im BFT-Bereich.

Beatrice Kübli: Welche Ziele der aktuellen BFT-Botschaft hat der SNF bereits erreicht?

Dieter Imboden: Im Bereich der orientierten Forschung konnten neue nationale Forschungsprogramme gestartet werden. Auch bei der freien Grundlagenforschung wurde einiges getan. Allerdings fiel die zu Beginn dieser BFT-Botschaft geplante Budgeterhöhung für den SNF weitgehend dem Entlastungsprogramm zum Opfer. Durch das fehlende Geld ist vieles verzögert worden, das angestrebte Wachstum bei der Grundlagenforschung konnte nicht erreicht werden. Auch die Nachwuchsförderung ist in Verzug und wird erst jetzt gestartet. Betroffen vom gekürzten Budget ist weiter die geplante Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften. Hier



Dieter Imboden ist Präsident des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). (Foto: SNF)

kann ich aber auch einen Erfolg vermelden: An der letzten Budgetdebatte des Forschungsrates erklärten sich alle Abteilungen bereit, der Abteilung 1, Geistes- und Sozialwissenschaften, eine überdurchschnittliche Budgeterhöhung, nämlich 15%, zu genehmigen. Aus meiner Sicht

hat der Forschungsrat damit bewiesen, dass er fähig ist, die Gesamtsicht auf die Bedürfnisse der Forschung über die Partikularinteressen einzelner Disziplinen zu stellen.

Wo liegen, abgesehen von den fehlenden Mitteln, die Herausforderungen für den SNF bis Ende 2007?

Eine Herausforderung ist sicher das Doktorandenprogramm. Hier begeben wir uns auf Neuland, denn bis anhin gab es eine Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen und dem Nationalfonds. Der SNF kümmerte sich erst ab einem abgeschlossenen Doktorat um die Forschungsförderung, bis zu dieser Stufe war die Förderung Sache der Universitäten. Ich hoffe, dass der SNF in dieser Pionierphase zur Verbesserung der Doktorandenausbildung in den Universitäten beitragen kann.

Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten bisherigen Errungenschaften im BFT-Reformprozess?

Das ist aus meiner Sicht schwierig zu beantworten, ich kann nicht viel zu den Prozessen an den Universitäten aussagen. Aber mir scheint doch, dass Akzente zu setzen und die Zusammenarbeit in schwach dotierten Fächern wichtig ist. Hierzu kann auch der SNF etwas beitragen. Die rund 160 Förderprofessuren werden nach dem Bottom-up-Prinzip aufgrund der Qualität und gebietsunabhängig vergeben. So können sich auch kleine Gebiete aufbauen und verstärken. Die nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS)

haben ebenfalls einen gewissen Einfluss. Die Universität Neuchâtel stand beispielsweise vor der Entscheidung zwischen den Gebieten Biologie und Chemie und wählte dann die Biologie, in welcher sie einen NFS hatte.

Welche Erwartungen haben Sie grundsätzlich an die BFT-Botschaft 2008–2011, beziehungsweise welche Ziele, Massnahmen, Forderungen etc. haben für Sie Vorrang?

Die Stärkung der Grundlagenforschung, und zwar nicht nur von Projekten, sondern auch der Personenförderung. Den Nachwuchs zu fördern, ist mir besonders wichtig. Zurzeit wird im Nationalfonds sogar über ein Programm diskutiert, mit welchem sich die Chancen bei der Projektförderung für junge Forschende verbessern würde, weil weniger die bisherige Leistung, sondern stärker das Potenzial der geplanten Forschung beurteilt würde. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die bessere Vernetzung mit dem Ausland. Die internationale Zusammenarbeit sollte vereinfacht werden, denn heute ist es schwierig, in einem Projekt Gelder über die Grenze zu verschieben. In Europa ist im Moment ein starker Aufbruch spürbar. Leider hat die politische Schweiz die Tendenz, sich auf den Lorbeeren auszuruhen, das Pionierland Schweiz wird – beispielsweise in der Forschungsförderung – immer zögerlicher. Es ist beeindruckend, wie viel auch kleine Länder in Europa für Bildung, Forschung und Innovation investieren. In diesem Sinne hoffen wir, dass auch wir zur Umsetzung der Ziele die nötigen Mittel erhalten werden.

Wir haben zusammenfassend eine Reihe von «Problemkomplexen» identifiziert (siehe S. 27). Welche zwei oder Bereiche sollten Ihrer Meinung nach jetzt verstärkt vorangetrieben werden? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

In der Steuerung und Regulierung der Hochschulen mittels einer Kombination von Zusammenarbeit und Konkurrenz. Hier ist bereits einiges in Bewegung, und das sollte weitergeführt werden. Sehr wichtig scheint mir auch der letzte Punkt, das Vertrauen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Solange die Wissenschaft der Gesellschaft ihre Rolle und Bedeutung nicht klar machen kann, wird sie immer wieder an Grenzen stossen. Ich finde auch die Reduktion der Forschung auf wirtschaftliche Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht angemessen. Schliesslich hat die Wissenschaft, gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften, auch einen hohen kulturellen, sozialen und politischen Wert. Die Wissenschaft als Teil der Gesellschaft trägt zum Erfolg eines Landes bei, wenn auch vielleicht etwas verzögert und nicht immer unmittelbar sichtbar.

Nebst den im Leitfaden genannten Hauptzielen sind Bestrebungen im Gang, die Struktur der BFT-Landschaft zu vereinfachen und die Zahl der zuständigen Institu-

tionen zu verkleinern. Gibt es Bereiche, in welchen Synergien genutzt werden könnten, und wenn ja, welche?

Gegen eine Vereinfachung habe ich grundsätzlich nichts einzuwenden, aber ich denke, dass die Strukturen oft vorgeschoben werden und es eigentlich wichtigere Probleme zu lösen gäbe. Die Möglichkeiten der vorhandenen Strukturen werden noch nicht voll ausgeschöpft. Die Rollen der Institutionen, insbesondere der Fachhochschulen, sollten klarer definiert werden. Der Bildungssektor ist der Zukunftssektor, es gibt folglich Sektoren, wo eine Reduktion sinnvoller ist.

Die gleichen Forderungen wurden an die Verwaltung gestellt. Was denken Sie zur Schaffung eines Bildungsdepartements?

Das finde ich sehr gut. Hier könnten nun wirklich Synergien genutzt und Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden. Es ist ein grosser Nachteil, dass die KTI in einem anderen Departement ist. Ein Bildungsdepartement wäre definitiv eine Verbesserung. Allerdings muss gesagt werden, dass ja heute nicht nur die zwei Departemente für die Bildung relevant sind, es gibt noch ein drittes, entscheidendes: das Finanzdepartement.

Neue Mitgliedsgesellschaft – Swiss Association for the Studies of Science, Technology and Society

Regula Burri, Co-Präsidentin der STS

Die Swiss Association for the Studies of Science, Technology and Society (STS-CH) ist ein Zusammenschluss von Forschenden in der Schweiz, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Technik und Gesellschaft beschäftigen. Die interdisziplinäre Wissenschafts- und Technikforschung hat sich seit den 1970er Jahren unter dem Begriff Science and Technology Studies (STS) insbesondere im angelsächsischen Sprachraum etabliert. Nicht zuletzt dank der Aktivitäten des im April 2001 gegründeten Vereins ist diese Forschungsrichtung auch in der Schweiz auf zunehmendes Interesse gestossen.

STS-CH weist eine interdisziplinäre Zusammensetzung auf. Die Mitglieder vertreten Disziplinen wie Geschichte, Soziologie, Philosophie, Kulturanthropologie, Geographie, Politik- oder Umweltwissenschaften. STS-CH bezweckt die Vernetzung der Forschenden im Bereich STS und stellt ihre Interessensvertretung gegen aussen dar.

STS-CH engagiert sich unter anderem in der Organisation von Tagungen und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen. Alle zwei Jahre organisiert der Verein eine *Summer School* mit internationalen *Keynote Speakers* und vielen Workshop-Beiträgen von Forschenden aus Schweizer Universitäten, die jeweils auf sehr grosses Interesse gestossen sind (bisher: Zürich 1999, Lausanne 2001, Basel 2004).

Eine wichtige Funktion kommt der von STS-CH eingerichteten *mailinglist*



«sts_l» zu, die sich grosser Beliebtheit erfreut. Die elektronische Kommunikationsliste dient der Informationszirkulation und stellt die einzige gesamtschweizerische Plattform im Bereich STS dar. Die Liste kann subskribiert werden. Die entsprechenden Angaben finden sich auf der Homepage (www.sts.unige.ch).

Zweimal jährlich verschickt der Vorstand per Mailingliste einen Newsletter, der Informationen, Ankündigungen, Call for Papers, Publikationen usw. beinhaltet.

STS-CH ist national und international gut vernetzt. Die derzeitigen Vorstandsmitglieder unter dem Ko-Präsidium von Regula Valérie Burri (ETH Zürich) und Martina Merz (Universität de Lausanne und EMPA St. Gallen) sind an der Universität Genf, der Universität de Lausanne, der Universität und der ETH Zürich sowie der Universität Basel tätig. STS-CH arbeitet ausserdem eng mit dem Forschungskomitee «Wissenschafts- und Techniksoziologie» der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie SGS zusammen.

News, Kontaktadressen, Angaben zur Subskription der mailinglist und vieles weitere unter www.sts.unige.ch

SGS-Jubiläumskongress zum Thema «Sonderfall Schweiz»

Thomas S. Eberle, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie

Der «Sonderfall Schweiz» bildete das Thema des Jubiläumskongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, mit dem sie vom 5.–7. Oktober an der Universität St. Gallen ihr 50-jähriges Bestehen feierte. Es wurden 240 Teilnehmende gezählt, darunter auch einige Politologen und Historiker. Aus Anlass des Jubiläums erschien das Buch «50 Jahre SGS/50 ans SSS», herausgegeben vom Präsidenten.¹

Die Soziologie in der Schweiz ist von denselben epistemologischen, methodologischen und theoretischen Spaltungen geprägt wie auch in andern Ländern, zusätzlich aber auch noch durch sprachkulturelle. Von einer «Schweizer Soziologie» kann man daher nicht sprechen. Was Soziologinnen und Soziologen in der Schweiz am ehesten eint, ist die schweizerische Gesellschaft als ihr gemeinsamer Gegenstand. So wählte die SGS als Thema für ihren Jubiläumskongress jene kollektive Identitätskonstruktion, die in allen Landesteilen nachhaltig verbreitet ist: den «Sonderfall Schweiz». Die Themenwahl war insofern heikel, als es bis anhin keinen soziologischen Diskurs hierzu gab; es waren vielmehr Historiker und Politologen, die sich dazu äusserten, und meist in dem Sinne, dass die Schweiz kein Sonderfall mehr sei.

Auch in der Soziologie dominieren Studien, die aufzeigen, dass die schweizerische Gesellschaft die typischen Merkmale einer modernen europäischen Gesellschaft aufweist, wie etwa die Abhängigkeit von weltwirtschaftlichen Konjunkturzyklen, Arbeitslosigkeit, Immigrationsströme, hohe Scheidungsquoten, geringe Geburtenraten, steigende Mobilität, zunehmende Multikulturalität

usw. Das Thema der ersten Plenumsveranstaltung versammelte daher Referate zur Frage *Die schweizerische Gesellschaft: ein Sonderfall?* Die zweite Plenumsveranstaltung mit dem Titel *Der Nationalstaat: Das primäre Ordnungsprinzip der Weltgesellschaft auch im 21. Jahrhundert?* ging der Frage nach, welche Funktion der historisch gewachsene Nationalstaat im Zeitalter globaler Verflechtungen noch haben kann. Gemessen an der Prognostik der Modernisierungs-, Evolutions- und Globalisierungstheorien hat er sich bisher als erstaunlich resistent erwiesen, und es überrascht angesichts seiner enormen Bedeutung, wie marginal der Nationalstaat in den neueren soziologischen Theorien geblieben ist. Die dritte Plenumsveranstaltung galt dem Thema *Sonderwege und Sonderfälle: Geschichte und Zukunft nationaler Distinktion*. Sonderwegs- und Sonderfallsdiskurse gibt es auch in andern Ländern; sie sind wohl konstitutiv für die Konstruktion nationaler Identität. Der Kongress wurde durch zwei kenntnisreiche *Keynotes* eröffnet: von Karl-Siegbert Rehberg (Universität Dresden), dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für

¹ Thomas S. Eberle (Hg.): 50 Jahre SGS / 50 ans SSS. Zürich: Seismo-Verlag, 2005.

Soziologie, und Kurt Imhof (Universität Zürich), dem Vizepräsidenten der SGS. Thematisch einschlägige Mittagsreferate hielten Hanspeter Kriesi (Universität Zürich), René Levy (Universität Lausanne) und Claudia Honegger (Universität Bern).

Dem Kongress war ein voller Erfolg beschieden: Die insgesamt 110 Referentinnen und Referenten setzten sich in erfreulichem Ausmass mit dem «Sonderfall Schweiz» auseinander. Gerade auch die thematisch spezialisierten Forschungskomitees sowie zahlreiche Ad-hoc-Gruppen griffen das Thema in zahlreichen Facetten auf, sei es bezüglich Religion, Wirtschaft, Arbeit, Recht, Gesundheit, Bildung, Sozialstaat, Kultur und Medien, sei es bezüglich Migration, Transkulturalität, freiwilligem Engagement in der Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Gemeinnützigkeit, Geschlechterverhältnissen oder sozialen Klassifizierungen, Kategorisierungen und Repräsentationsweisen des sozialen Raums. Die besten und geeignetsten Referate werden nächstes Jahr in Buchform veröffentlicht.

Dem Vorstand der SGS ist es damit abermals gelungen, zu einem gesellschaftspolitisch brisanten Thema eine soziologische Debatte anzustossen. Für einen wissenschaftlichen Kongress war die Resonanz in der Presse denn auch aussergewöhnlich hoch (siehe Rubrik «Presse-Berichte» auf der Website www.sgs-kongress.ch). Auch dieses Jahr veran-

stalteten wir eine Abschlussveranstaltung, die eine Brücke zwischen wissenschaftlichem Kongress und einer breiteren Öffentlichkeit bilden sollte. Das Podiumsgespräch zum «Sonderfall Schweiz» unter der Leitung von Roger de Weck, mit Hildgard Fässler, Hanspeter Kriesi, Martin Heller, Peter Gross und Thomas S. Eberle als Teilnehmenden, lockte zahlreiche Besucher an die Universität.

Das Jubiläum der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie wurde in einer Sonderveranstaltung gefeiert, mit einer Vernissage des Jubiläumsbandes, in dem die Geschichte der SGS aufgearbeitet und durch Beiträge sämtlicher noch lebender PräsidentInnen ergänzt wurde. An einem Podium skizzierten die AutorInnen die Quintessenz ihrer Ausführungen und erörterten die zukünftigen Herausforderungen an die SGS. Welche Aufgaben und Funktionen können nationale wissenschaftliche Fachgesellschaften in einem zunehmend transnational ausgerichteten Wissenschaftssystem künftig noch haben? – Womit auch diese Veranstaltung inhaltlich organisch ins Kongressthema eingebettet blieb.

Postulate zur Umweltforschung

Die Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie (SAGUF), assoziiertes Mitglied der SAGW, veranstaltete am 9. September eine Tagung zum Thema «Entwicklung der Umweltforschung Schweiz». Im Hinblick auf die Forschungsperiode 2008–2011, die gegenwärtig auf Bundesebene erarbeitet wird, diskutierten nationale und internationale Vertreter und Nutzer der Umweltforschung aus Forschung, Lehre, Verwaltung, Politik und NGOs über thematische und konzeptionelle Schwerpunkte sowie institutionelle und finanzielle Rahmenbedingungen.

Die Schweizer Umweltforschung besitzt international einen hervorragenden Ruf, doch national stagniert sie: Die finanziellen Mittel gehen zurück, an den Hochschulen und Forschungsinstitutionen ist eine thematische Konzentration im Gange. Will die Schweiz langfristig Umweltveränderungen und daraus entstehenden Bedrohungen begegnen können, muss sie nicht nur die Voraussetzungen für exzellente Umweltforschung künftig sichern, auch die Umweltforschung selbst muss sich entwickeln. «Umweltforschung, welche Umweltrisiken aufklärt und Handlungsmöglichkeiten im Sinne nachhaltiger Entwicklung aufzeigt, ist eine verantwortungsbewusste Investition in die Zukunft», erklärt die SAGUF-Präsidentin Gertrude Hirsch. Bisher hat die Gesellschaft auf ernste Umweltprobleme nur unzureichend reagiert. Um den Gefahren begegnen zu können, muss sich die Forschung daher verstärkt mit den Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft befassen.

Zusammenfassend will die SAGUF folgende drei Postulate aus der Tagung in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen:

- Die Forschung soll vermehrt die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft untersuchen und sich dabei vom reinen Umweltschutzdenken lösen und sich der Umwelt als Resource für eine nachhaltige Entwicklung mit mehr Lebensqualität zuwenden, sowohl national wie auch global.
- Da neue Technologien und der globale Wandel über ihre Umweltauswirkungen auch die Gesundheit beeinflussen, gilt es diesen Zusammenhang verstärkt zu beachten.
- Die problemorientierte Zusammenarbeit unter Forschenden verschiedener Wissenschaftskulturen und zwischen Wissenschaft und Praxis soll ausgebaut werden und im Wissenschaftssystem die verdiente Anerkennung finden.

Préparation du 7^e programme-cadre pour la recherche de l'Union européenne : adoption des programmes spécifiques

Daniela Di Mare, Euresearch Head Office

La Commission européenne a adopté le 21 septembre 2005 ses propositions pour les programmes spécifiques du 7^e programme-cadre. L'objectif de ces textes est de préciser le contenu scientifique et les moyens alloués à chaque partie du 7^e PCRD (2006–2013).

On connaît donc à présent plus en détail la structure envisagée pour le 7^e PCRD, ainsi que l'orientation donnée aux 7 grandes parties suivantes:

- 1^o « *Coopération* » : Projets de recherche en partenariat européen, selon 9 priorités thématiques
- 2^o « *Idées* » : Conseil européen de la recherche, soutien à la recherche fondamentale
- 3^o « *Personnes* » : Bourses et soutien à la mobilité
- 4^o « *Capacités* » : Soutien aux infrastructures de recherche, aux Petites et Moyennes Entreprises, aux programmes Science et Société et à la coopération internationale
- 5^o-7^o ainsi que trois autres programmes concernant Euratom

Les Sciences Humaines et Sociales ont leur place dans les 4 premières parties, et il reviendra aux chercheurs d'identifier laquelle correspond au mieux à leurs objectifs, selon que leur intérêt porte sur les projets de recherche appliquée, de recherche fondamentale, de formation de la relève, ou encore de mise en place

d'infrastructures (bases de données qualitatives ou quantitatives).

Entrons plus en détail dans les thèmes retenus par la Commission européenne pour les Sciences Humaines et Sociales dans la partie « *Coopération* », après consultation des pays participants (dont la Suisse).¹ Optant pour la continuité avec le programme en cours jusqu'à fin 2006, la Commission européenne a retenu pour les Sciences Humaines et Sociales sept domaines de recherche, dont les problématiques seront affinées lors des mises au concours. Rappelons que l'objectif majeur est ici de permettre d'améliorer les connaissances autour d'enjeux culturels, politiques, économiques et sociaux qui touchent l'Europe. Les résultats de recherche devraient donc autant que possible fournir des recommandations à la Commission européenne.

¹ Les programmes spécifiques sont établis en tenant compte des *inputs* des pays membres et associés. Le SER, qui représente la Suisse dans ce dossier, a mené une vaste consultation en avril (au sujet de la définition des axes thématiques) et présente les résultats de la position suisse, livrée en juin à la CE, sur son site web : www.sbf.admin.ch/htm/international/europa/frp/7-frp-f.html

Croissance, emploi et compétitivité

Seront abordés, pour mieux comprendre et anticiper les facteurs de croissance et d'emploi, des thèmes aussi divers que les différentes formes de savoir et leur implication pour l'économie et l'innovation, l'éducation et la formation continue, la structure des services, le commerce international, la politique macroéconomique, la démographie, les conditions du marché de l'emploi, les contextes institutionnels nationaux et internationaux.



Enjeux environnementaux, économiques et sociaux

Seront abordés ici les sujets de recherche permettant de conjuguer compétitivité et développement durable pour les économies et les modèles sociaux non européens, en étudiant la cohérence des décisions de gestion politique à échelle internationale, la cohésion économique des régions dans une Europe élargie, y compris les relations ethniques.

Orientations et choix de société

L'objectif est d'analyser et de comprendre l'implication de certains choix de sociétés sur la qualité de la vie. Les sujets de recherches portent sur le changement démographique et le vieillissement de la population, les migrations, les familles et leur relation au travail, la question « genre », la santé et la qualité de la vie, les interactions culturelles, la lutte contre le racisme et l'intolérance, les nouvelles formes de criminalité.

L'Europe dans le monde

Ce domaine s'attache à comprendre les nouvelles interactions et interdépendances entre les régions du monde, et leur impact sur l'Europe. La recherche menée dans ce contexte porte sur les inégalités de développement, les facteurs de pauvreté, les relations politiques et économiques, les approches culturelles et sociales non européennes, la gouvernance globale, la prévention et la résolution des conflits, les obstacles à la sécurité, la perception de l'insécurité, la criminalité internationale.

Les citoyens dans l'Union européenne

Dans le contexte de l'élargissement et de futurs développements de l'Union européenne, l'objectif est ici de garantir le fonctionnement de la démocratie, la participation active des citoyens, la compréhension et le respect des diversités culturelles en termes d'institutions, d'histoire, de langues, de religions et de valeurs.

Indicateurs scientifiques et socio-économiques

L'emploi d'indicateurs pour la formulation de politiques croît considérablement aux niveaux nationaux et européen. Ce domaine de recherche évalue la validité des indicateurs actuels, évalue les méthodes d'emploi, et leur sensibilité aux différences contextuelles. Seront par exemples envisagées les questions du suivi des politiques par indicateurs, des méthodes de comparaison de performances, la relation des indicateurs et des statistiques officielles, l'intérêt des indicateurs pour la régulation.

Activités de prospective

Ces activités sont destinées à soutenir la formulation de politiques dans différents domaines. Quatre axes sont traités en priorité. Il s'agit de la prospective pour le monde socio-économique, pour l'identification de domaines de recherche émergents, pour les systèmes et politiques de la recherche, et enfin, sur l'amélioration de la coopération internationale.

Informations et documents relatifs au 7^e PCRD disponibles sous :
www.cordis.lu/fp7/

Pour de plus amples informations, prendre contact avec Daniela Di Mare :
daniela.dimare@euresearch.ch

Othmar Keel erhält den Marcel-Benoist-Preis 2005

Der mit 100 000.– Franken dotierte «Schweizer Nobelpreis» geht dieses Jahr an den Bibelwissenschaftler Othmar Keel. Ausgezeichnet wird der emeritierte Professor der Universität Freiburg für sein einmaliges und weltweit anerkanntes Werk, welches das Alte Testament zu dessen besserem Verständnis in den kulturellen und historischen Kontext einordnet, in dem es entstanden ist.

Die Forschungen von Professor Keel bemühen sich darum, die visuellen und kulturellen Vorstellungen zu verstehen, welche die in der Bibel Israels aufgenommenen Symbole und Bilder bei den Zeitgenossen der Epoche evozierten, in denen diese Schriften entstanden sind. Indem er einen besonders fruchtbaren interdisziplinären Ansatz verfolgt, stellt Othmar Keel den klassischen Mitteln der Textinterpretation (Philologie, Analyse usw.) die Ressourcen der Archäologie und insbesondere der Kunstgeschichte zur Seite. Der Preisträger ist denn auch zum weltweit anerkannten Experten für die Analyse von kleinformatigen, altorientalischen Kunstgegenständen wie Figurinen, Amuletten, Skarabäen und Siegeln geworden. Diese Objekte wurden häufig zwischen den Ethnien und den sozialen Schichten ausgetauscht. Deren Studium zeigt den tiefgreifenden Einfluss auf, den Kanaan, Ägypten und Mesopotamien auf die im Alten Testament übernommenen Ideen und auf die Symbolik hatten, welche dieses prägt. Die Arbeiten des Preisträgers haben in vielerlei Hinsicht die Auslegung der heiligen Schriften Israels revolutioniert, sie zeigen, dass der jüdische Monotheismus nach und nach aus einer Tradition heraus entstanden ist, die reich war an Formen von Religiosi-

tät jeglicher Art, denen er viel verdankt. Die Arbeiten unterstreichen auch die enge kulturelle und historische Verwandtschaft, welche die drei grossen monotheistischen Religionen des Alten Orients nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Polytheismus verbinden, der ihnen vorausging. Das Werk von Othmar Keel ist somit von grosser Bedeutung, um die Wurzeln des gemeinsamen Erbes von Juden, Christen und Muslimen verstehen zu können.

Othmar Keel, 1937 in Einsiedeln geboren, studierte Theologie, Religionsgeschichte, Ägyptologie und altorientalische Kunst in Zürich, Freiburg, Rom, Jerusalem und Chicago, und unternahm zahlreiche Studienreisen durch den Nahen Osten. 1967 wurde er Lehrbeauftragter an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg, und seine ganze akademische Karriere fand seither ihren Fortgang an dieser Institution. Eine breite Öffentlichkeit an seinem Wissen teilhaben zu lassen, ist ihm wichtig, und er hat zu diesem Zweck zahlreiche Zeitungsartikel veröffentlicht und in Sendungen am Radio und im Fernsehen mitgewirkt.

«Sprachdiskurs in der Schweiz. Vom Vorzeigefall zum Problemfall?»

Sammelband SAGW zur Tagung vom 11. November 2005 in Biel, Edition SAGW, Bern 2005

Die Schweizerische Sprachenpolitik ist in eine Sackgasse geraten: In Politik, Wissenschaft, Bildungswesen und Kultur ist man sich uneins, wie die sprachpolitischen Herausforderungen dieses Landes anzugehen seien, was sich beispielsweise an den Diskussionen rund um die Schaffung eines Sprachengesetzes zeigt oder auch an der Frage, welche Fremdsprachen wann auf den Stundenplan in den Schulen gehören.

Die SAGW hat sich im Rahmen ihres Schwerpunktes «Sprachen und Kulturen» der Thematik angenommen und hat dazu einen Sammelband unter dem Titel «Sprachdiskurs in der Schweiz. Vom Vorzeigefall zum Problemfall?» mit Beiträgen namhafter Experten aufgelegt. Die Publikation wurde vorgängig zur Tagung vom 11. November 2005 in Auftrag gegeben und an der Tagung den Teilnehmern vorgestellt. Diese Vorgehensart stellte in der Akademie ein Novum dar. Die Rückmeldungen waren jedoch durchwegs positiv.

Jean Widmer: «Warum gibt es manchmal sprachkulturelle Unterschiede?»

Cahier XIII des Conférences de l'Académie, Edition ASSH, Berne 2005

En quoi et comment le rapport à la langue imprègne-t-il les préférences et les décisions politiques de ceux qui la pratiquent? Professeur de sociologie à l'Université de Fribourg, Jean Widmer montre comment le rapport à la langue procède du modèle culturel d'une société par l'étude des différences politiques entre la Suisse romande et la Suisse alémanique.

Die Publikationen können kostenlos bei der SAGW bestellt werden:

Les publications peuvent être commandées gratuitement auprès de l'ASSH :

delphine.quadri@sagw.ch

www.sagw.ch

Historisches Lexikon der Schweiz (HLS): Der Europaband ist erschienen

Europa, Frankreich und Freiburg im Fokus

Der 4. deutsche Band umfasst den Buchstabenbereich «Dudan» bis «Frowin». Unter den rund 2550 Artikeln fallen grosse Auslandartikel auf, vor allem die zehn Artikel zu Europa und zu europäischen Institutionen. Auch das Engagement der Schweiz in europäischen Organisationen, so im Europarat oder im Cern, werden behandelt.

In den europäischen Kontext gehören auch der Artikel zu Frankreich sowie die Artikel zu Finnland, zur Freigrafschaft Burgund, zum Elsass und zu Florenz. Als schweizerische Schwergewichte finden sich die zwei reich illustrierten Artikel zu Freiburg (Kanton und Stadt). Daneben behandeln grössere Ortsartikel wichtige Regionen der Schweiz, so etwa das Emmental, das Engadin, die Freien Ämter und das Fricktal, aber auch grössere Gemeinden wie Einsiedeln und Engelberg (mit den jeweiligen Klosterartikeln), Eglisau, Estavayer-le-Lac und Flawil.

Breites Spektrum von Sachartikeln

Bei den Sachartikeln finden sich die Themen Ehe, Familie, Fabrik, Feuer- (Feuerpolizei, Feuersbrünste, Feuerwehr), Frauen (inkl. Artikel Feminismus), Artikel zur französischen Sprache und Kultur in der Schweiz sowie Beiträge mit dem Anfangs-

begriff Fremd-, z.B. so unterschiedliche Artikel wie Fremde Dienste und Fremdenfeindlichkeit. Gleich mehrere Artikel thematisieren den Rechtsradikalismus in der Schweiz (Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Frontenbewegung). Die visuelle Vergangenheit und Gegenwart der Schweiz wird anhand der Artikel Fernsehen, Film und Fotografie beschrieben, und die Geschichte des Naturraums Schweiz findet sich in den Artikeln Eiszeiten, Fauna, Flora, Flüsse. An grossen Biografien fallen die drei Artikel zu Guillaume-Henri Dufour, Erasmus von Rotterdam und Alfred Escher auf.

Informationen über die Publikation beim HLS, Telefon 031 313 13 30

Bestellungen an: Schwabe AG, Steintorstrasse 13, 4010 Basel
Tel. 061 278 95 65
Fax 061 278 95 66

*Gesamtwerk deutsch in 12 Bänden
ISBN 3-7965-1900-8*

Band 4

Dudan – Frowin

2005. XXVI, 856 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen und Grafiken. Leinen.

CHF 298.– / EUR 208.50

ISBN 3-7965-1904-0



Artikel Europa:
Politische Karte von
Europa 1870, gestaltet
vom französischen
Karikaturisten Hadol
und veröffentlicht als
Lithografie in Hamburg
(ZHBL-GS).
Die Schweiz, dar-
gestellt als kleines Cha-
let, ist von drohenden
Mächten umgeben.

Dictionnaire historique de la Suisse, tome 4

Auteur : *Ouvrage collectif*

ISBN : 2-88256-157-1

Collection : *Dictionnaire historique de la Suisse*

Prix : 298 CHF (TVA, 2,4% inclus)

Description

Ce tome contient 3000 articles environ, accompagnés de plus de 700 illustrations, cartes et graphiques en couleurs et en noir-blanc. Il débute par « Desaix » pour s'achever à « Fintan ».

Parmi les nombreux articles présentés, relevons:

Biographies : Edouard Desor, Henri Druey, Guillaume-Henri Dufour, Friedrich Dürrenmatt, Albert Einstein, Guillaume Farel, Georges Favon.

Patronymes : Diesbach, Diodati, Droz, Dubied, Dubois, Dufour, Dunant, DuPasquier, Erlach, Escher, Estavayer, Fatio, Fauche, Favarger, Favre, Fazy.

Géographie : Diesse, Echallens, Eiger, Einsiedeln, Engadine, Espagne, Etats-Unis d'Amérique.

Thématiques : Dialecte, Diète fédérale, Dîme, Diocèse, Diplomatie, Dominicain, Douane, Droit, Eaux-de-vie, Eaux usées, Ecoles, Economie, Ecriture, Edition, Education, Eglise, Elections, Elevage, Emigration, Empire romain, Energie, Enfance, Entreprises, Environnement, Etat fédéral, Etrangers, Fabriques, Famille.

Commandes : Editions Gilles Attinger SA
CH-2068 Hauterive
www.editions-attinger.ch
info@editions-attinger.ch
Tél. 032 753 82 73

Dizionario storico della Svizzera (DSS)

ISBN 88-8281-100-X

Per l'edizione italiana vogliate per favore
contattare Armando Dadò editore
www.editore.ch a Locarno.

Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:

Akademievortrag Jean Widmer (2005), *Warum gibt es manchmal sprachkulturelle Unterschiede?*, Heft XIII

Publikation zur Tagung vom 11. November 2005, Kongresshaus Biel, «Sprachendiskurs in der Schweiz. Vom Vorzeigefall zum Problemfall?»

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name _____ Vorname _____

Institut/Firma _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Postfach
Hirschengraben 11
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.
Für weitere Informationen und Termine:

www.sagw.ch

www.assh.ch

Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50
www.sagw.ch, www.assh.ch
E-mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär
markus.zuercher@sagw.ch

031 313 14 40

Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen
annemarie.hofer@sagw.ch

031 313 14 40

Peter Christian, lic. phil., stv. Generalsekretär, Sektion III
christian.peter@sagw.ch

031 313 14 53

Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit
daniela.ambuehl@sagw.ch

031 313 14 52

Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II
nadja.birbaumer@sagw.ch

031 313 14 47

Indermühle Gabriela, Administration
gabriela.indermuehle@sagw.ch

031 313 14 42

Kohler Christine, Administration
christine.kohler@sagw.ch

031 313 14 43

Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit
beatrice.kuebli@sagw.ch

031 313 14 51

Quadri Delphine, Administration
delphine.quadri@sagw.ch

031 313 14 48

Tischhauser Annina, lic. phil. hist., Wissenschaftliche Mitarbeiterin
annina.tischhauser@sagw.ch

031 313 14 54

Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I
zbinden@sagw.ch

031 313 14 46

